

Deutsche Bank



Jahresabschluss 2024 der Deutsche Bank AG

Inhalt

1 – Zusammengefasster Lagebericht

2 Zusammengefasster Lagebericht

2 – Jahresabschluss

3 Bilanz zum 31. Dezember 2024

5 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

6 Anhang

3 – Bestätigungen

61 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

62 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Zusammengefasster Lagebericht

Gemäß § 315 Abs. 5 HGB in Verbindung mit § 298 Abs. 2 HGB wurde der Lagebericht der Deutsche Bank AG mit dem Konzernlagebericht des Deutsche Bank Konzerns zusammengefasst. Der zusammengefasste Lagebericht ist im Geschäftsbericht 2024 des Deutsche Bank Konzern enthalten und wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers eingereicht und im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der Geschäftsbericht wird zudem unter <https://www.db.com/ir/de/geschaeftsberichte.htm> zugänglich gemacht.

Bilanz zum 31. Dezember 2024

Aktivseite in Mio. €			31.12.2024	31.12.2023
Barreserve				
a) Kassenbestand			1.457	1.345
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			72.018	76.287
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	5.305			5.150
			73.475	77.632
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen			694	642
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0			128
b) Wechsel			36	13
			731	656
Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen			0	61
b) Kommunalkredite			62	22
c) andere Forderungen			166.307	175.297
darunter: täglich fällig	71.006			92.911
gegen Beleihung von Wertpapieren	25.563			8.742
			166.369	175.379
Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen			97.428	99.211
b) Kommunalkredite			3.125	3.544
c) andere Forderungen			345.645	333.189
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	23.916			435.943
			446.198	13.803
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		1.797		935
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0			0
ab) von anderen Emittenten		0		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0			0
		1.797		935
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		39.012		37.304
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	17.640			14.665
bb) von anderen Emittenten		42.641		32.955
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	32.862			23.811
		81.654		70.259
c) Eigene Schuldverschreibungen			0	228
Nennbetrag	0			292
			83.450	71.422
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			282	302
Handelsbestand			301.057	247.596
Beteiligungen			241	206
darunter: an Kreditinstituten	11			11
an Finanzdienstleistungsinstituten	65			57
Anteile an verbundenen Unternehmen			31.683	29.282
darunter: an Kreditinstituten	5.895			4.914
an Finanzdienstleistungsinstituten	503			523
Treuhandvermögen			4.302	3.491
darunter: Treuhandkredite	254			313
Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			3.466	3.151
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			152	240
c) Geschäfts- oder Firmenwert			11	12
d) geleistete Anzahlungen			0	0
			3.629	3.404
Sachanlagen			1.708	1.618
Sonstige Vermögensgegenstände			8.192	5.610
Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			99	69
b) andere			863	919
			962	988
Aktive latente Steuern			6.121	6.698
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			5	5
Summe der Aktiva			1.128.403	1.060.231

Passivseite in Mio. €				31.12.2024	31.12.2023
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a)	begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			262	60
b)	begebene öffentliche Namenspfandbriefe			0	0
c)	andere Verbindlichkeiten			138.997	145.182
					139.259
	darunter: täglich fällig			73.553	145.242
	gemischt gedeckte Namensschuldverschreibungen lt. DSLBumwG			59	69.256
					114
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a)	begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			1.852	2.056
b)	begebene öffentliche Namenspfandbriefe			90	90
c)	Spareinlagen				
	ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			33.682	41.374
	cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			33.151	22.909
				66.833	64.284
d)	andere Verbindlichkeiten			470.469	451.283
					539.244
	darunter: täglich fällig			319.520	517.713
	gemischt gedeckte Namensschuldverschreibungen lt. DSLBumwG			1.713	304.406
					1.983
Verbriefte Verbindlichkeiten					
a)	begebene Schuldverschreibungen				
	aa) Hypothekenpfandbriefe			9.896	10.956
	ab) öffentliche Pfandbriefe			0	0
	ac) sonstige Schuldverschreibungen			79.274	74.630
				89.171	85.587
b)	andere verbrieftete Verbindlichkeiten			11.823	6.545
					100.993
	darunter: Geldmarktpapiere			10.997	9.930
	eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf			42	129
Handelsbestand					
Treuhandverbindlichkeiten					
darunter: Treuhandkredite					
				254	4.302
Sonstige Verbindlichkeiten					
Rechnungsabgrenzungsposten					
a)	aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			298	412
b)	andere			650	526
					948
Rückstellungen					
a)	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			1.634	1.991
b)	Steuerrückstellungen			565	633
c)	andere Rückstellungen			5.432	4.477
					7.632
Nachrangige Verbindlichkeiten					
Genusssrechtskapital					
darunter: vor Ablauf von 2 Jahren fällig					
				20	20
				0	0
Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals					
Fonds für allgemeine Bankrisiken					
davon: Sonderposten nach § 340e Absatz 4 HGB					
				1.476	2.944
					2.944
					1.476
Eigenkapital					
a)	gezeichnetes Kapital			5.106	5.223
	abzüglich rechnerischer Wert der eigenen Anteile			127	123
				4.980	5.100
	bedingtes Kapital 0 Mio. € (31.12.2023: 0 Mio. €)				
b)	Kapitalrücklage			21.136	20.940
c)	Gewinnrücklagen				
	ca) gesetzliche Rücklage			13	13
	cd) andere Gewinnrücklagen			16.498	14.043
				16.510	14.056
d)	Bilanzgewinn / Bilanzverlust			2.258	3.458
					44.884
					43.552
Summe der Passiva					
Eventualverbindlichkeiten					
a)	Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			0	0
b)	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			69.052	60.181
c)	Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			0	0
					69.052
					60.181
Andere Verpflichtungen					
b)	Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			0	0
c)	Unwiderrufliche Kreditzusagen			175.498	158.247
					175.498
					158.247

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

in Mio. €		2024	2023
Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	60.733		54.849
davon negative Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	23		30
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	4.124		2.954
		64.857	57.802
Zinsaufwendungen		57.357	49.811
davon negative Zinsaufwendungen		21	76
		7.500	7.991
Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		57	74
b) Beteiligungen		7	9
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		1.209	1.245
		1.273	1.328
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		628	1.137
Provisionserträge		9.646	8.109
Provisionsaufwendungen		2.247	1.886
		7.399	6.224
Nettoertrag des Handelsbestands		4.305	4.762
davon Ergebnis aus der Auflösung des Sonderpostens nach § 340e Absatz 4 HGB		0	0
Sonstige betriebliche Erträge		4.810	6.108
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	5.493		4.997
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	891		1.283
		6.383	6.281
darunter: für Altersversorgung 140 Mio. € (2023: 534 Mio. €)			
b) andere Verwaltungsaufwendungen		8.476	8.930
		14.859	15.210
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		1.479	1.283
Sonstige betriebliche Aufwendungen		6.202	5.179
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		1.060	514
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		0	740
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		1.581	0
Aufwendungen aus Verlustübernahme		54	113
Entnahmen aus/Einstellungen (-) in Fonds für allgemeine Bankrisiken		0	0
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		3.842	4.511
Außerordentliche Erträge		88	1
Außerordentliche Aufwendungen		91	158
Außerordentliches Ergebnis		-4	-157
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		860	-736
darunter: latenter Steueraufwand 735 Mio. € (2023: latenter Steuerertrag 1.375 Mio. €)			
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen		95	90
		955	-646
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		2.883	4.999
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		575	459
		3.458	5.458
Entnahmen aus der Kapitalrücklage		0	0
Einstellungen in Gewinnrücklagen			
- in andere Gewinnrücklagen		1.200	2.000
		1.200	2.000
Bilanzgewinn		2.258	3.458

Allgemeine Angaben

Die Deutsche Bank AG ist unter der Firma Deutsche Bank Aktiengesellschaft mit Sitz in Frankfurt am Main im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Nummer HRB 30000 eingetragen.

Der Jahresabschluss der Deutsche Bank AG für das Geschäftsjahr 2024 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches („HGB“) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute („RechKredV“) aufgestellt worden; aktienrechtliche Vorschriften wurden beachtet. Zum Zweck der Übersichtlichkeit sind die Werte in Millionen € ausgewiesen. Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

01 – Grundlagen und Methoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze für:

Forderungen

Zu Handelszwecken gehaltene Forderungen werden wie im separaten Abschnitt „Handelsaktivitäten“ beschrieben bewertet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, sind grundsätzlich mit den Anschaffungskosten oder dem Nominalbetrag ausgewiesen und werden um erforderliche Wertberichtigungen gekürzt. Sind die Gründe für die Vornahme einer in der Vergangenheit berücksichtigten Wertberichtigung weggefallen, ist die Wertberichtigung aufzulösen (Wertaufholung).

Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken, für latente Ausfallrisiken und die Vorsorge für allgemeine Bankrisiken. Für Bonitätsrisiken werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet. Die Bank nutzt das Wahlrecht der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA 7, für die Ermittlung der Risikovorsorge die Regelungen des IFRS 9 anzuwenden.

Das Transferrisiko für Kredite an Kreditnehmer in ausländischen Staaten (Länderrisiko) wird auf der Basis eines Bonitätseinstufungssystems, das die wirtschaftliche, politische und regionale Situation berücksichtigt, bewertet. Für grenzüberschreitende Engagements gegenüber bestimmten ausländischen Staaten werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen gebildet.

Dem latenten Kreditrisiko wird in Form der Pauschalwertberichtigung nach handelsrechtlichen Grundsätzen Rechnung getragen. Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB. Das Wahlrecht zur Aufrechnung gemäß § 340f Absatz 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Zur Abbildung des latenten Kreditrisikos kommt für die Ermittlung des erwarteten Ausfalls eine parameterbasierte Expected Loss-Berechnung zur Anwendung. Demnach wird der Verlust auf Basis der Parameter Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), Verlusthöhe (LGD) und dem erwarteten Kreditbetrag bei Ausfall (EAD) ermittelt. Bei letzterem Parameter werden alle risikorelevanten Kreditverhältnisse einbezogen. In die Berechnung der LGD wird eine nach Regionen differenzierte Entwicklung von Sicherheitswerten, insbesondere für Immobilien, einbezogen. Die Abbildung der Risikovorsorge für das bilanzunwirksame Geschäft (Garantien und Kreditzusagen) erfolgt als Rückstellung im Kreditgeschäft. Im Rahmen der Risikovorsorgeermittlung werden kreditnehmerbezogene Risikofaktoren um makroökonomische Einflüsse (z.B. Wachstumsraten des BIP und die Arbeitslosenquoten in Europa und den USA) ergänzt, um dadurch dem Risikogehalt des Kreditportfolios besser Rechnung zu tragen.

Die Bank bildet eine Wertberichtigung in Höhe der erwarteten Kreditverluste aus Ausfallereignissen innerhalb der nächsten 12 Monate. Diese entspricht dem Teil der während der Gesamtlaufzeit erwarteten Kreditverluste aus Ausfallereignissen, der innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag erwartet wird. Dabei wird angenommen, dass keine Wertberichtigung aufgrund einer Erhöhung des Kreditrisikos vorliegt.

Unter Nutzung der Methodik von IFRS 9 bildet die Bank zusätzlich eine Wertberichtigung in Höhe der erwarteten Kreditverluste über die Restlaufzeit („Lifetime Expected Credit Loss“) für jene finanziellen Vermögenswerte, bei denen seit der erstmaligen Erfassung eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos angenommen wird. Dies erfordert die Berechnung des erwarteten Kreditverlusts auf Basis der Lifetime PD, Lifetime LGD und Lifetime EAD, die die Ausfallwahrscheinlichkeit über die Restlaufzeit des finanziellen Vermögenswerts darstellen.

Für diejenigen finanziellen Vermögenswerte, die als ausgefallen klassifiziert sind, bildet die Bank eine Wertberichtigung in Höhe der erwarteten Kreditverluste unter Berücksichtigung einer Ausfallwahrscheinlichkeit von 100% auf Basis der erwarteten erzielbaren Zahlungsströme des Vermögenswerts.

Als Teil des allgemeinen Kontroll- und Steuerungsrahmens des Konzerns bewertet die Deutsche Bank in jedem Berichtszeitraum, ob ein Management Overlay erforderlich ist. Im Rahmen dieser Modellüberwachung wird geprüft, ob es Risiken gibt, die nicht im Modell erfasst sind, wie z. B. eine plötzliche Veränderung des makroökonomischen Umfelds, die Identifizierung von Modellgrenzen oder routinemäßige Modellverbesserungen, die noch nicht vollständig berücksichtigt wurden. Insgesamt stellen die Modellüberwachungsmaßnahmen sicher, dass die Bank zu jedem Berichtszeitpunkt die beste Schätzung der erwarteten Kreditverluste durch das Management verwendet.

Wertpapiere

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind, sofern sie zu Handelszwecken gehalten werden, wie im separaten Abschnitt „Handelsaktivitäten“ beschrieben bilanziert.

Bestimmte Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die dauerhaft gehalten werden sollen, sind als Finanzanlagen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Dies bedeutet, dass die betreffenden Wertpapiere zu Anschaffungskosten abzüglich voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen ausgewiesen sind.

Falls Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere weder dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, sind sie als Umlaufvermögen nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise mit den niedrigeren Börsenwerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert.

Dasselbe gilt für Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die, wenn sie nicht Teil des Handelsbestands sind, grundsätzlich wie Umlaufvermögen bewertet sind.

Bei den Wertpapieren werden Zuschreibungen vorgenommen, wenn die Gründe für bestimmte, in der Vergangenheit vorgenommene Abschreibungen weggefallen sind (Wertaufholungsgebot).

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als Handelsaktivität zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag nach den allgemeinen Grundsätzen für die Rechnungslegung von Derivaten getrennt bilanziert. Der Basisvertrag wird zu fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise zum Erfüllungsbetrag bilanziert.

Kreditderivate

Kreditderivate, die zu Handelszwecken gehalten beziehungsweise eingegangen werden, werden wie im separaten Abschnitt „Handelsaktivitäten“ beschrieben bilanziert.

Sonstige erworbene Kreditderivate, die als Absicherung für eingegangene Kreditrisiken qualifizieren, werden nicht separat bilanziert, sondern bei der Bestimmung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft berücksichtigt.

Handelsaktivitäten

Finanzinstrumente (einschließlich positiver und negativer Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten) sowie Edelmetalle des Handelsbestands sind zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags zu bewerten. Zusätzlich zu dem Risikoabschlag im Rahmen der Zeitwertbewertung besteht eine faktische Ausschüttungssperre bezüglich der Nettoerträge des Handelsbestands, indem in jedem Jahr ein bestimmter Anteil der Nettoerträge des Handelsbestands dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zuzuführen ist.

Der beizulegende Zeitwert ist definiert als der Betrag, zu dem ein Finanzinstrument im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern zum Abschlussstichtag ausgetauscht werden könnte, ohne dass es sich um einen Zwangsverkauf oder eine Notabwicklung handelt. Sofern verfügbar, basiert der beizulegende Zeitwert auf beobachtbaren Börsenpreisen und Parametern oder wird aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Die Verfügbarkeit beobachtbarer Daten variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen vorhanden, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen, die für das jeweilige Instrument angemessen sind, ermittelt.

Wenn der beizulegende Zeitwert mithilfe von Modellen ermittelt oder aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet wird, sind in erheblichem Umfang Einschätzungen erforderlich. Diese sind mit Unsicherheiten verbunden und können Änderungen unterliegen, sodass die tatsächlichen Ergebnisse und Werte von diesen Einschätzungen abweichen können.

Im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert werden Wertanpassungen für Glattstellungskosten, Liquiditätsrisiken und Kontrahentenrisiken sowie Finanzierungskosten für unbesicherte Handelsderivate berücksichtigt.

Um etwaig verbliebenen Realisierungsrisiken von Gewinnen Rechnung zu tragen, wird das aus der Marktbewertung resultierende Ergebnis um einen Risikoabschlag reduziert, der als Abzugsposten des Handelsbestands auf der Aktivseite berücksichtigt wird. Die Berechnung des Risikoabschlags erfolgt auf der Grundlage des Value-at-Risk, dem eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99% zugrunde liegen.

Der Betrag, der in einem Geschäftsjahr gesondert dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zuzuführen ist, entspricht mindestens 10% der Nettoerträge des Handelsbestands (nach Vornahme des Risikoabschlags) und darf nicht höher sein als der gesamte Nettoertrag des Handelsbestands des Geschäftsjahres. Die Zuführung erfolgt, bis der Sonderposten eine Höhe von 50% des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands nach Risikoabschlag erreicht.

Der Sonderposten darf nur aufgelöst werden, um einen Nettoverlust des Handelsbestands auszugleichen oder wenn er die 50%-Grenze überschreitet.

Finanzinstrumente und Edelmetalle des Handelsbestands werden separat auf der Aktiv- und Passivseite der Bilanz als Handelsbestand ausgewiesen. Grundsätzlich qualifizieren Termingeschäfte über den Erwerb oder die Veräußerung von Waren nicht als Finanzinstrumente und können daher nicht dem Handelsbestand zugeordnet werden.

Alle Änderungen des beizulegenden Zeitwerts (abzüglich eines Risikoabschlags beziehungsweise zuzüglich eines Risikozuschlags) aus Handelsinstrumenten werden im Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands erfasst. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Derivate des Handelsbestands werden unter bestimmten Voraussetzungen mit durch den Kontrahenten gestellten Barsicherheiten verrechnet. Zur Verrechnung auf Einzelkontrahentenebene qualifizieren Derivate, die unter einem Rahmenvertrag mit einem Besicherungsanhang (Credit Support Annex, „CSA“) und täglichem Austausch von Barsicherheiten abgeschlossen wurden. Die Verrechnung umfasst je Kontrahent sowohl den positiven und negativen Marktwert der Derivate als auch die gezahlte oder erhaltene Sicherheitsleistung.

Bewertungseinheiten

In den Fällen, in denen Vermögensgegenstände, Schulden, schwebende Geschäfte oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen (Grundgeschäfte) zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken mit Finanzinstrumenten (Sicherungsinstrumenten) zusammengefasst werden (Bewertungseinheit), werden in dem Umfang und für den Zeitraum, in dem die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme sich ausgleichen, die allgemeinen Bewertungsgrundsätze nicht angewandt. Bewertungseinheiten werden grundsätzlich in Form von Mikrohedgeds gebildet. Zur Beurteilung der prospektiven Wirksamkeit werden statistische Analysen, Regressionsanalysen und die Critical-Term-Match-Methode genutzt. Die Bank wendet grundsätzlich die Einfrierungsmethode an. Dabei werden die sich ausgleichenden Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko nicht bilanziert. So unterbleibt die Berücksichtigung negativer Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, zum Beispiel die Vornahme von Abschreibungen, in Bezug auf das abgesicherte Risiko. Einer etwaigen negativen Ineffektivität aus der Bewertungseinheit wird durch Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste Rechnung getragen.

Zinserträge und Zinsaufwendungen aus dem Sicherungsinstrument (z. B. einem Zinsswap) werden in der Regel saldiert mit den Zinserträgen/-aufwendungen des Grundgeschäfts in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Dies führt zu einer Darstellung der Erträge/Aufwendungen unter Berücksichtigung des gesicherten Ergebnisses der Bewertungseinheit in ihrer Gesamtheit.

Im Rahmen von Bewertungseinheiten werden auch physische und derivative Handelsgeschäfte berücksichtigt.

Umwidmungen

Für die Zuordnung von Forderungen und Wertpapieren zum Handelsbestand, zur Liquiditätsreserve oder zu den wie Anlagevermögen bewerteten Vermögensgegenständen ist jeweils die Zweckbestimmung zum Erwerbszeitpunkt maßgebend.

Eine Umgliederung in den Handelsbestand ist ausgeschlossen und eine Umgliederung aus dem Handelsbestand erfolgt nur dann, wenn außergewöhnliche Umstände, insbesondere schwerwiegende Beeinträchtigungen der Handelbarkeit der Finanzinstrumente, zu einer Aufgabe der Handelsabsicht führen. Darüber hinaus können Finanzinstrumente des Handelsbestands nachträglich in eine Bewertungseinheit einbezogen werden.

Eine Umwidmung zwischen den Kategorien Liquiditätsreserve und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände wird vorgenommen, wenn sich die vom Management festgelegte Zweckbestimmung seit deren erstmaligem Ansatz geändert hat und dies dokumentiert ist.

Die Umwidmung erfolgt zum Zeitpunkt der Änderung der Zweckbestimmung mit dem dann geltenden beizulegenden Zeitwert.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen werden mit ihren Anschaffungskosten oder unter Ausnutzung des Wahlrechts gemäß § 253 HGB mit dem niedrigeren Zeitwert angesetzt.

Anteile an verbundenen Unternehmen werden gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet, das heißt, außerplanmäßige Abschreibungen werden nur für voraussichtlich dauerhafte Wertminderungen vorgenommen.

Der beizulegende Zeitwert von verbundenen Unternehmen wird auf Basis eines Discounted-Cashflow-Modells ermittelt. Das Bewertungsmodell zinst die erwarteten freien Cashflows für einen Fünfjahreszeitraum mit einem risikoadjustierten Zinssatz ab. Für die Zeit nach dem Fünfjahreszeitraum wird eine nachhaltige Planentwicklung unterstellt, um die ewige Rente zu ermitteln. Für bestimmte verbundene Unternehmen beinhaltet die Bewertung messbare Synergien.

Sowohl bei den Beteiligungen als auch bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen werden Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot vorgenommen. Von der gemäß § 340c Absatz 2 HGB zulässigen Aufrechnung wurde Gebrauch gemacht.

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte

Sachanlagen sowie immaterielle Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert, gegebenenfalls vermindert um planmäßige Abschreibungen. Selbst geschaffene Marken, Drucktitel, Verlagsrechte, Kundenlisten oder vergleichbare immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden nicht aktiviert.

Bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sind die Gründe für bestimmte, in der Vergangenheit vorgenommene Abschreibungen weggefallen, sind Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten vorzunehmen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Ausbuchung von Vermögensgegenständen

Vermögensgegenstände werden grundsätzlich dann ausgebucht, wenn das rechtliche Eigentum übertragen wird.

Keine Ausbuchung erfolgt jedoch, wenn trotz der Übertragung des rechtlichen Eigentums aufgrund besonderer Vereinbarungen im Einzelfall wesentliche Elemente in Bezug auf den übereigneten Vermögensgegenstand beim Veräußerer verbleiben, die bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise für die Stellung als Eigentümer (Rechtsinhaber) kennzeichnend sind.

Die im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften verliehenen Wertpapiere bzw. bei Pensionsgeschäften in Pension gegebenen Wertpapiere werden ausschließlich in der Bilanz des Verleihers bzw. Pensionsgebers ausgewiesen, da diesem das wirtschaftliche Eigentum an den Papieren unverändert zusteht.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Begebene Nullkuponanleihen werden unter Anwendung des ursprünglichen Effektivzinses zum Barwert ausgewiesen.

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Die begebenen Instrumente qualifizieren als Verbindlichkeiten und sind mit ihrem Erfüllungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Der Zinsaufwand wird auf Basis der erwarteten Zahlungen an die Eigentümer der Instrumente abgegrenzt.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen angesetzt. Pensionsrückstellungen werden nach der Methode der laufenden Einmalprämien unter Verwendung des von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebenen durchschnittlichen Marktzinssatzes ermittelt, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, es sei denn, die jeweilige Restlaufzeit des Pensionsplans ist kürzer.

Die Bank verwendet spezifische Sterblichkeitsannahmen zur Bestimmung der Pensionsverpflichtung für die leistungsdefinierten Pläne in Deutschland. Die Sterblichkeitserwartungen der „Richttafeln Heubeck 2018G“ sind auf die Deutsche Bank spezifischen Sterblichkeitserwartungen für Mitarbeiter und Pensionäre angepasst.

Vermögensgegenstände, die ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, werden mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet und mit diesen Schulden verrechnet. Übersteigt der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände den Betrag der Schulden (Überdotierung), wird der übersteigende Betrag unter einem gesonderten Posten auf der Aktivseite ausgewiesen. Im Fall einer Unterdotierung oder für Verpflichtungen aus intern finanzierten Plänen der Bank werden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Wenn sich die Höhe von Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert von Wertpapieren bestimmt, werden die Rückstellungen hierfür zum beizulegenden Zeitwert dieser Wertpapiere angesetzt, soweit er einen garantierten Mindestbetrag übersteigt.

Andere Rückstellungen, bei denen es sich entweder um Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten oder für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (ohne Handelsaktivitäten) handelt, werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Sofern die Restlaufzeit der Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten länger als ein Jahr ist, erfolgt eine Abzinsung der Rückstellung. Die Bank weist die Effekte aus der Aufzinsung von Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Bankgeschäft im Zinsaufwand und von anderen Rückstellungen im Sonstigen betrieblichen Aufwand aus.

Die Einschätzung, ob eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden ist, umfasst auch die Würdigung, ob sich am Abschlussstichtag aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten im Bankbuch ein Verpflichtungsüberschuss ergibt.

Für die Beurteilung, ob ein Verlust aus allen zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs droht, ist es erforderlich, die aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs am Abschlussstichtag noch zu erwartenden Zinserträge und Zinsaufwendungen, die direkt zuzuordnenden Gebühren und Provisionen sowie die voraussichtlich noch zur Bewirtschaftung des Bankbuchs erforderlichen Aufwendungen (das heißt zu erwartende Refinanzierungskosten, Kreditrisikokosten sowie Verwaltungskosten) einzubeziehen.

Die Ermittlung eines potenziellen Rückstellungsbedarfs orientiert sich an dem internen Management der Zinspositionen des Bankbuchs. Für Zinspositionen des Bankbuchs wird der barwertige Ansatz angewendet, ergänzt durch eine Analyse der historischen Kostendeckung von Risiko- und Verwaltungskosten durch Zinsüberschüsse für die gegen das Zinsänderungsrisiko abgesicherten Positionen.

Latente Steuern

Bestehen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, so wird eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerbelastung als passive latente Steuern beziehungsweise eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerentlastung als aktive latente Steuern in der Bilanz angesetzt. Steuerliche Verlustvorträge sind bei der Berechnung aktiver latenter Steuern in Höhe der innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erwartenden Verlustverrechnung berücksichtigt.

Erwerb Eigener Aktien

Erwirbt die Deutsche Bank AG eigene Anteile, wird der Nennbetrag beziehungsweise der rechnerische Wert dieser Anteile von dem Posten Gezeichnetes Kapital abgesetzt und der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennbetrag oder dem rechnerischen Wert und den Anschaffungskosten der eigenen Anteile wird erfolgsneutral mit den frei verfügbaren Rücklagen verrechnet.

Werden die eigenen Anteile wieder veräußert, entfällt der Abzug in der Vorspalte. Ein den Nennbetrag oder den rechnerischen Wert übersteigender Differenzbetrag aus dem Veräußerungserlös wird bis zur Höhe des mit den frei verfügbaren Rücklagen verrechneten Betrags in die jeweiligen Rücklagen eingestellt. Ein darüber hinausgehender Differenzbetrag wird in die Kapitalrücklage eingestellt, wohingegen ein beim Verkauf entstehender Verlust die Gewinnrücklagen belastet.

Werden die eigenen Anteile endgültig eingezogen, so transferiert die Bank mit Eintragung im Handelsregister einen Betrag in Höhe des auf die eingezogenen eigenen Anteile entfallenden gezeichneten Kapitals von den anderen Gewinnrücklagen in die Kapitalrücklage gemäß § 237 Abs. 5 AktG.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung folgt den in den §§ 256a und 340h HGB vorgegebenen Grundsätzen.

Auf fremde Währungen lautende und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände, die nicht in derselben Währung besonders gedeckt sind, werden zu historischen Anschaffungskosten angesetzt, es sei denn, die Wechselkursänderung ist dauerhaft, sodass außerplanmäßige Abschreibungen vorzunehmen sind. Andere auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte sind zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs am Bilanzstichtag.

Die Abgrenzung der Positionen in Fremdwährung, auf die die Vorschriften zur besonderen Deckung nach § 340h HGB angewandt werden, berücksichtigt die internen Verfahren zur Risikosteuerung.

Die Behandlung der Ergebnisse aus der Fremdwährungsumrechnung richtet sich danach, ob es sich um Fremdwährungsgeschäfte des Handelsbestands, um besonders gedeckte oder nicht besonders gedeckte Geschäfte handelt. Im Falle des Handelsbestands sowie bei Bestehen besonderer Deckung werden sowohl die Aufwendungen als auch die Erträge aus der Währungsumrechnung erfolgswirksam erfasst. Gleiches gilt für Fremdwährungsposten ohne besondere Deckung mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Demgegenüber werden bei Fremdwährungsposten, die nicht besonders gedeckt sind und eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben, nur die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung dem Imparitätsprinzip entsprechend erfolgswirksam berücksichtigt. Die Umrechnungsergebnisse aus der Währungsumrechnung sind im Nettoergebnis des Handelsbestands und in den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen enthalten.

Die Posten der Bilanz sowie die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung von Auslandsfilialen sind zu Mittelkursen des jeweiligen Bilanzstichtags in Euro umgerechnet (Stichtagsmethode). Die Differenz aus der Umrechnung von Bilanzposten zum Kassamittelkurs, während Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zu (gewichteten) Durchschnittskursen umgerechnet werden, wird in den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung abgebildet.

Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen

Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen werden mit dem Nominalwert nach Abzug von in der Bilanz berücksichtigten Barsicherheiten und Rückstellungen ausgewiesen.

Das Risiko von Verlusten aus der Inanspruchnahme von Eventualverbindlichkeiten wird durch die bestehenden Rückgriffsmöglichkeiten auf den jeweiligen Auftraggeber reduziert und beruht damit auf dem Kreditrisiko der Auftraggeber.

Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche durch die Bank nicht vorbehaltlos widerrufen werden können. Diese werden in die Überwachung der Kreditrisiken einbezogen.

Erläuterungen zur Bilanz

02 – Restlaufzeitengliederung der Forderungen

in Mio. €	31.12.2024	31.12.2023
Andere Forderungen an Kreditinstitute ohne täglich fällige Forderungen	95.363	82.468
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	23.302	26.679
mehr als drei Monate bis ein Jahr	30.042	14.841
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	25.820	25.497
mehr als fünf Jahre	16.199	15.451
Forderungen an Kunden	446.198	435.943
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	165.279	165.657
mehr als drei Monate bis ein Jahr	52.638	45.959
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	105.846	99.683
mehr als fünf Jahre	116.243	119.422
mit unbestimmter Laufzeit	6.192	5.222

03 – Wertpapiere

Die nachfolgende Tabelle gliedert die in den Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere auf.

in Mio. €	börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	52.220	40.517	31.230	30.905
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	124	10	15	56
Beteiligungen	0	0	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
Insgesamt	52.345	40.527	31.244	30.961

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 83,5 Mrd. € werden 1,6 Mrd. € in 2025 fällig.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, da eine langfristige Anlageabsicht besteht. Der Buchwert belief sich zum Bilanzstichtag insgesamt auf 40,1 Mrd. € und bezog sich auf Selbstverbriefungen sowie auf Treasury-Investitionen in erstklassige Staatsanleihen, sonstige supranationale und staatsnahe Anleihen. Dieses Portfolio enthielt Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von 14,2 Mrd. €, bei denen die aktuellen Marktwerte insgesamt 1,3 Mrd. € unter den Buchwerten lagen.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die als Umlaufvermögen klassifiziert sind, werden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise mit den niedrigeren Börsenwerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert. Zum 31. Dezember 2024 belief sich das Nettoergebnis dieser Wertpapiere auf -70,0 Mio. €.

04 – Anteile an Investmentvermögen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Aufgliederung der Anteile an inländischen und ausländischen Investmentvermögen, deren Anteile zu mehr als 10% gehalten wurden, nach Anlagezielen.

in Mio. €				31.12.2024
	Buchwert	Marktwert	Differenz zum Buchwert	Ausschüttung in 2024
Aktiefonds	0	0	0	0
Rentenfonds	0	0	0	0
Mischfonds	104	104	0	0
Insgesamt	104	104	0	0

Die Anteile an den Investmentvermögen wurden im Handelsbestand gehalten. Die Buchwerte entsprachen den Marktwerten der Anteile. Die Möglichkeit der täglichen Rückgabe ist nicht eingeschränkt.

05 – Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen und in Pension gegebenen Vermögensgegenstände in Höhe von 34,3 Mrd. € betraf ausschließlich im Rahmen von Repogeschäften verpensionierte Wertpapiere.

06 – Handelsbestand

Finanzinstrumente des Handelsbestands

Nachfolgende Tabelle gliedert den Handelsbestand der Aktivseite und Passivseite weiter auf

31.12.2024 in Mio. €	Handelsbestand der Aktivseite	in Mio. €	Handelsbestand der Passivseite
Derivative Finanzinstrumente	97.470	Derivative Finanzinstrumente	89.306
Forderungen	99.607	Verbindlichkeiten	127.492
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	97.959		
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.306		
Sonstige Vermögensgegenstände	2.635		
Risikoabschlag	80		
Insgesamt	301.057	Insgesamt	216.798

Die grundlegenden Annahmen, die zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts mithilfe anerkannter Bewertungsmethoden verwendet wurden, werden ausführlich in Anhangangabe – 1 „Grundlagen und Methoden“ dargestellt.

Derivate des Handelsbestands, die unter Netting-Rahmenverträgen zusammen mit einem Credit Support Annex, der den täglichen Austausch von Sicherheiten ermöglicht, abgeschlossen wurden, werden in der Bilanz je Deutsche Bank AG externem Kontrahent verrechnet. Die Verrechnung umfasst je Kontrahent sowohl den Buchwert der Derivate als auch die Sicherheitsleistung. Dabei wurden positive Zeitwerte in Höhe von 193,3 Mrd. € (2023: 175,4 Mrd. €) mit negativen Zeitwerten in Höhe von 186,5 Mrd. € (2023: 163,4 Mrd. €) von Derivaten des Handelsbestands mit den zugehörigen Forderungen aus gestellten Sicherheitsleistungen von 17,1 Mrd. € (2023: 13,9 Mrd. €) beziehungsweise Verbindlichkeiten von 23,9 Mrd. € (2023: 25,9 Mrd. €) aus erhaltenen Sicherheitsleistungen verrechnet. Die Verrechnung von Derivaten des Handelsbestands mit Barsicherheiten wird in Anhangangabe 1 – „Grundlagen und Methoden“ erläutert.

Die nachfolgende Tabelle gliedert den Nominalbetrag der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten derivativen Finanzinstrumente, welche den Handelsderivaten entsprechen, nach Art und Umfang auf.

in Mio. €	Nominalbetrag	
	31.12.2024	31.12.2023
Außerbörslich gehandelte Produkte	50.397.073	49.016.618
Zinsbezogene Geschäfte	39.564.313	39.769.411
Wechselkursbezogene Geschäfte	9.340.370	8.013.185
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	46.421	23.344
Kreditderivate	1.244.655	1.116.382
Sonstige Geschäfte	201.314	94.296
Börsengehandelte Produkte	3.966.707	2.497.769
Zinsbezogene Geschäfte	3.686.003	2.260.876
Wechselkursbezogene Geschäfte	43.436	16.268
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	188.983	188.125
Sonstige Geschäfte	48.285	32.500
Insgesamt	54.363.780	51.514.387

Die Höhe, der Zeitpunkt und die Verlässlichkeit zukünftiger Zahlungsströme werden im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten sowie den Entwicklungen der Credit Spreads und der Kreditausfälle beeinflusst.

Methoden der Ermittlung und Risikoabschlag

Die Berechnung des Risikoabschlags lehnt sich an das Modell zur Berechnung des regulatorischen Value-at-Risk an, in das die beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente des Handelsbestands eingehen. Im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden gegebenenfalls verschiedene Wertanpassungen beispielsweise für Liquiditätsrisiken vorgenommen, die in Anhangangabe 1 – „Grundlagen und Methoden“ unter „Handelsaktivitäten“ dargestellt werden.

Der Berechnung des Value-at-Risk-Abschlags („VaR-Abschlag“) liegen eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99% zugrunde. Der Beobachtungszeitraum beträgt 261 Handelstage.

Zusätzlich zum regulatorischen VaR-Abschlag wurde der Risikoabschlag um Risikobeträge im Zusammenhang mit dem eigenen Kreditrisiko der Bank ergänzt, die nicht von der VaR-Berechnung abgedeckt werden.

Der absolute Betrag des Risikoabschlags beträgt 80 Mio. €.

Änderung der festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand

Innerhalb des Geschäftsjahres wurde keine Änderung der institutsintern festgelegten Kriterien zur Zuordnung zum Handelsbestand vorgenommen.

07 – Nachrangige Vermögensgegenstände

Die nachfolgende Tabelle bietet einen Überblick über die in den aufgeführten Positionen enthaltenen nachrangigen Vermögensgegenstände:

in Mio. €	31.12.2024	31.12.2023
Forderungen an Kreditinstitute	5.395	5.295
Forderungen an Kunden	435	407
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.688	694
Handelsbestand	6.536	8.119
Insgesamt	14.053	14.516

08 – Derivative Finanzinstrumente

Termingeschäfte

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

- Zinssatzbezogene Geschäfte: Termingeschäfte auf Zinstitel, Zinstermingeschäfte, Zinsswaps, Zinsterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Zinsen und Indizes
- Wechselkursbezogene Geschäfte: Devisen- und Edelmetalltermingeschäfte, Währungsswaps, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Devisen und Edelmetalle, Devisen- und Edelmetallterminkontrakte
- Aktien-/Indexbezogene Geschäfte: Aktientermingeschäfte, Indexterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Aktien und Indizes
- Kreditderivate: Credit Default Swaps (CDS), Total Return Swaps (TRS), Credit Linked Notes (CLN)

Die oben genannten Geschäfte werden weitestgehend zur Deckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte abgeschlossen.

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertete derivative Finanzinstrumente

Die nachfolgende Tabelle zeigt derivative Finanzinstrumente, die dem Bankbuch zugeordnet sind und daher grundsätzlich nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden.

in Mio. €	Nominal- betrag	Buchwert		31.12.2024 Marktwert	
		positiv	negativ	positiv	negativ
Außerbörslich gehandelte-Produkte					
Zinsbezogene Geschäfte	1.610.149	6.332	6.092	37.651	34.870
Wechselkursbezogene Geschäfte	4.692	0	55	123	75
Kreditderivate	4.268	9	79	36	79
Sonstige Geschäfte	43	0	0	0	12
Insgesamt	1.619.152	6.342	6.226	37.811	35.036

Die Buchwerte der grundsätzlich nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente werden in den Sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise in den Sonstigen Verbindlichkeiten bilanziert.

09 – Bewertungseinheiten

Die Deutsche Bank AG geht Bewertungseinheiten in Form von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts ein, um sich im Wesentlichen mittels Zinsswaps und Optionen gegen Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts festverzinslicher Wertpapiere infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

Kreditderivate im Bankbuch, die nicht als Kreditsicherheiten qualifizieren, werden gemäß Verlautbarung IDW RS BFA 1 in Bewertungseinheiten einbezogen.

Zusätzliche Risiken, welche durch in hybride Finanzinstrumente eingebettete Derivate eingegangen werden, werden in diesem Zusammenhang ebenfalls im Rahmen von einzelgeschäftszugehörigen Absicherungsbeziehungen abgesichert.

Neben den oben beschriebenen Sachverhalten sichert die Bank Warenrisiken (einschließlich Emissionsberechtigungen) mittels einzelgeschäftszugehöriger und portfoliobezogener Absicherungsbeziehungen ab.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Art der in die obigen Bewertungseinheiten einbezogenen Grundgeschäfte einschließlich der Höhe der mit den Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken. Für bilanzierte Vermögensgegenstände und Schulden ist ferner der Buchwert zum Bilanzstichtag angegeben.

in Mio. €	31.12.2024		31.12.2023	
	Buchwert	Höhe des abgesicherten Risikos	Buchwert	Höhe des abgesicherten Risikos
Abgesicherte Vermögensgegenstände, insgesamt	3.623	-390	4.736	-223
Abgesicherte Verbindlichkeiten, insgesamt	107.037	1.570	101.965	2.387
	Nominalbetrag	Höhe des abgesicherten Risikos	Nominalbetrag	Höhe des abgesicherten Risikos
Nicht bilanzierte schwebende Geschäfte	24.277	53	24.716	244

Die Höhe des abgesicherten Risikos, falls negativ, entspricht dem kumulierten Rückgang des beizulegenden Zeitwerts für Vermögensgegenstände beziehungsweise dem kumulierten Anstieg des beizulegenden Zeitwerts für Verbindlichkeiten seit Eingang der Absicherungsbeziehung, die netto, nach Einbeziehung von Absicherungsgeschäften, nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung reflektiert wurden. Ist die Höhe des abgesicherten Risikos positiv, so entspricht dies dem kumulierten Anstieg des beizulegenden Zeitwerts für Vermögensgegenstände beziehungsweise dem kumulierten Rückgang des beizulegenden Zeitwerts für Verbindlichkeiten, die netto, nach Einbeziehung von Absicherungsgeschäften, nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung reflektiert wurden.

Die Deutsche Bank AG schließt ferner Devisentermingeschäfte und -swaps zur Absicherung gegen Währungsrisiken ihrer Filialen aus Dotationskapital und Ergebnisvorträgen ab, welche den Nettovermögenswert der einzelnen Filialen darstellen, der Währungsrisiken unterliegt. Der Buchwert dieser abgesicherten Nettopositionen belief sich auf 23,7 Mrd. €. Die Höhe des abgesicherten Risikos betrug positive 1,3 Mrd. €. Der endgültige Ausgleich der gegenläufigen Kassakursveränderung findet bei Rückzahlung des Dotationskapitals statt.

In den Fällen, in denen die Kontraktbedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument exakt gegenläufig sind, erfolgen sowohl die prospektive Effektivitätsbeurteilung als auch die rückwirkende Ermittlung der Unwirksamkeit der Bewertungseinheit durch Vergleich der Vertragsbedingungen. Ansonsten stehen der Bank statistische Methoden und die Regressionsanalyse zur prospektiven Effektivitätsbeurteilung zur Verfügung. Zur Messung der tatsächlichen Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen stellt die Deutsche Bank AG die Änderungen der beizulegenden Zeitwerte von Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten einander betragsmäßig gegenüber (Dollar-Offset-Methode). Die Sicherungsbeziehungen werden in der Regel über die verbleibende Restlaufzeit des abzusichernden Grundgeschäfts gebildet.

10 – Angaben zu verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023
Forderungen an Kreditinstitute	73.563	69.389	0	0
Forderungen an Kunden	46.514	44.265	1	41
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	36.237	26.373	3	2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	32.270	35.208	2	2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23.494	24.073	6	12
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	600	600	0	0

Die vollständige Anteilsbesitzliste der Deutschen Bank AG (inklusive Unternehmen, an denen mindestens 20% der Kapitalanteile gehalten werden, und Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5% der Stimmrechte überschreitet) ist in der Anhangangabe 35 – „Anteilsbesitz“ ersichtlich.

11 – Treuhandgeschäfte

Treuhandvermögen

in Mio. €	31.12.2024	31.12.2023
Forderungen an Kreditinstitute	4.053	3.175
Forderungen an Kunden	249	316
Insgesamt	4.302	3.491

Treuhandverbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2024	31.12.2023
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	157	197
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.145	3.293
Insgesamt	4.302	3.491

Bei den Forderungen an Kreditinstitute handelt es sich hauptsächlich um Einlagen von Kunden, die in ihrem Namen und auf ihre Rechnung bei Drittbanken platziert wurden. Forderungen an Kunden sind im Wesentlichen Kredite, die von Förderbanken oder Gebietskörperschaften zweckgebunden refinanziert wurden.

12 – Anlagevermögen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Anlagevermögens.

in Mio. €	Anschaffungs-/Herstellungskosten			Abschreibungen und Wertberichtigungen			Buchwert	
	Stand 1.1.2024	Zugänge / Umklassifizierung	Abgänge	kumuliert	davon lfd. Jahr	davon Abgänge	Stand 31.12. 2024	Stand 31.12. 2023
Immaterielle Anlagewerte	11.848	1.305	107	9.418	1.130	109	3.629	3.404
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	9.635	1.301 ¹	106	7.364	1.036	109	3.466	3.151
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.493	4	0	1.345	92	0	152	240
Geschäfts- oder Firmenwert	719	0	0	709	2	0	11	12
Geleistete Anzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Sachanlagen	4.155	828	335	2.940	348	332	1.708	1.618
Grundstücke und Gebäude	45	113	0	129	105	0	29 ²	21
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.110	452	334	2.811	243	331	1.417	1.176
Anlagen im Bau	0	263	1	0	0	0	262	421
Leasinggeschäft	0	0	0	0	0	0	0	0
			Veränderungen					
Beteiligungen			35				241	206
Anteile an verbundenen Unternehmen			2.400 ³				31.683	29.282
Geldmarktpapiere			0				0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			-838				40.136	40.974
davon einbezogen in Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB			0				0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			0				0	0
davon einbezogen in Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB			0				0	0

Von der nach § 34 Absatz 3 RechKredV möglichen Zusammenfassung für Finanzanlagen wurde Gebrauch gemacht. Wechselkursänderungen, die sich aufgrund der Währungsumrechnung zu Stichtagskursen bei Auslandsfilialen ergaben, wurden bei den Anschaffungs-/Herstellungskosten (Stand: 1. Januar 2024) sowie bei den kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen berücksichtigt

¹ Zugänge zu selbst geschaffenen gewerblichen Schutzrechten und ähnlichen Rechten und Werten entfallen auf selbsterstellte Software

² Grundstücke und Gebäude wurden im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzt

³ Die Anteile an verbundenen Unternehmen haben sich um 2,4 Mrd. € auf 31,7 Mrd. € erhöht. Der Anstieg entfiel auf Wertaufholungen (1,6 Mrd. €), positive Währungsumrechnungseffekte (0,6 Mrd. €) sowie Kapitaleinzahlungen (1,0 Mrd. €), denen Kapitalrückzahlungen (0,7 Mrd. €), Abschreibungen (0,3 Mrd. €) und die Verschmelzung eines verbundenen Unternehmens auf die Deutsche Bank AG (0,1 Mrd. €) gegenüberstanden

Immaterielle Anlagewerte

Die unter den immateriellen Anlagewerten ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwerte werden über die erwartete Nutzungsdauer von fünf bis 10 Jahren abgeschrieben. Diese wird insbesondere durch ökonomische und organisationsspezifische Faktoren wie die zukünftigen Wachstums- und Gewinnerwartungen, die Art und Dauer von Synergieeffekten, die Nutzbarkeit von Kundenbeziehungen und den Mitarbeiterstamm des erworbenen Geschäfts bestimmt. Als immaterieller Vermögensgegenstand klassifizierte Software wird entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben, die bis zu 10 Jahren beträgt.

13 – Sonstige Vermögensgegenstände

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von 8,2 Mrd. € wurden im Wesentlichen Sicherheitsleistungen in Höhe von 2,0 Mrd. €, Steuerforderungen in Höhe von 1,6 Mrd. €, Ansprüche auf nachschüssige Zahlungen aus Swapgeschäften in Höhe von 1,1 Mrd. €, Emissionszertifikate in Höhe von 1,0 Mrd. € sowie Forderungen aus Gewinnabführungsverträgen in Höhe von 0,6 Mrd. € ausgewiesen.

14 – Aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten waren Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten gemäß § 250 Absatz 3 HGB in Höhe von 133 Mio. € enthalten.

In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten waren Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Absatz 2 HGB in Höhe von 54 Mio. € enthalten.

15 – Latente Steuern

Latente Steuern werden für zeitliche Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt, die sich voraussichtlich in späteren Geschäftsjahren umkehren. Dabei werden nicht nur zeitliche Differenzen aus den eigenen Bilanzposten einbezogen, sondern auch solche, die bei Organtöchtern beziehungsweise Personengesellschaften bestehen, an denen die Deutsche Bank AG als Gesellschafterin beteiligt ist. Zusätzlich sind bei der Berechnung aktiver latenter Steuern steuerliche Verlustvorträge in Höhe der innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erwartenden Verlustverrechnung zu berücksichtigen.

Im Dezember 2021 veröffentlichte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) globale Regeln zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und -verlagerung im Rahmen des Pillar 2 - Rahmenwerks. Die globalen Mindestbesteuerungsregeln oder die Pillar 2 Regeln gelten für die Deutsche Bank AG als oberste Muttergesellschaft ab 2024. Mit § 274 Abs. 3 HGB n.F. wurde eine obligatorische Ausnahme für die Bilanzierung latenter Steuern eingeführt, die sich aus der Umsetzung der Pillar 2 Modellvorschriften ergeben.

Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der Deutsche Bank AG von aktuell 31,3%. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag.

Abweichend hiervon werden latente Steuern aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden bei deutschen Beteiligungen in der Rechtsform einer Personengesellschaft auf Basis eines kombinierten Ertragsteuersatzes bewertet, der lediglich die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag beinhaltet; dieser beträgt derzeit 15,83%.

Latente Steuern in ausländischen Betriebsstätten werden mit den dort geltenden statutarischen Steuersätzen bewertet, deren Bandbreite sich hauptsächlich zwischen 20% und 33% bewegt.

Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine bilanzierte aktive latente Steuer in Höhe von 6,1 Mrd. €. Maßgeblich hierfür waren neben der „Inlandsbank“ inklusive der hierin abgebildeten latenten Steuer für Organtöchter die Filialen New York und London. Sie beruht im Wesentlichen auf Verlustvorträgen und auf temporären Wertunterschieden, die überwiegend aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden im Zusammenhang mit mitarbeiterbezogenen Verpflichtungen und vorgenommenen Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert für Kreditportfolios und das Handelsbuch resultieren.

16 – Restlaufzeitengliederung der Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12. 2024	31.12. 2023
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	65.706	75.985
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	22.291	30.681
mehr als drei Monate bis ein Jahr	23.114	21.522
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	8.115	10.953
mehr als fünf Jahre	12.186	12.829
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	33.151	22.909
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	11.076	4.050
mehr als drei Monate bis ein Jahr	21.660	18.677
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	411	180
mehr als fünf Jahre	4	2
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	152.884	149.016
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	93.056	92.735
mehr als drei Monate bis ein Jahr	38.969	40.864
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	14.305	7.886
mehr als fünf Jahre	6.554	7.531
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	11.823	6.545
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	6.117	904
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.492	5.596
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	213	45
mehr als fünf Jahre	0	0

Von den begebenen Schuldverschreibungen in Höhe von 89,2 Mrd. € werden in 2025 18,9 Mrd. € fällig.

17 – Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen wurden

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen.

in Mio. €	31.12.2024	31.12.2023
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.677	14.505
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23	940
Verbindlichkeiten im Handelsbestand	288	14.627
Verbrieftete Verbindlichkeiten	101	0
Eventualverbindlichkeiten	1.414	0
Insgesamt	14.503	30.072

Unter Berücksichtigung der für 2024 angewandten Methodik lautete der Vorjahreswert für Eventualverbindlichkeiten 1.360 Mio. €.

18 – Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 46,4 Mrd.€ umfassten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Veräußerungen von Vermögensgegenständen, die nicht die Ausbuchungskriterien erfüllten, in Höhe von 39,0 Mrd.€, Effekte aus der Fremdwährungsumrechnung auf Dotationskapital und Gewinnvorträge in Höhe von 1,6 Mrd. € sowie Betriebsaufwendungen für den operativen Bereich in Höhe von 0,9 Mrd. €.

19 – Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Deutsche Bank AG bietet ihren Mitarbeitern Leistungen für die Zeit nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (im Folgenden Pensionspläne genannt) an. Dies umfasst sowohl beitragsdefinierte als auch leistungsdefinierte Zusagen.

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten dieser Pläne befindet sich in Deutschland. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit.

Der Bewertungsstichtag für alle leistungsdefinierten Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden gemäß dem Verfahren der laufenden Einmalprämien bewertet. Diese Bewertung beinhaltet versicherungsmathematische Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehalts- und Rentensteigerungen sowie Inflationsraten. Die Festsetzung der Diskontierungszinssätze folgt den Regelungen des § 253 Absatz 2 HGB.

Zugrunde gelegte versicherungsmathematische Annahmen	31.12.2024	31.12.2023
Diskontierungszinssatz	1,78 %	1,69 %
Inflationsrate	2,03 %	2,44 %
Nominale Gehaltssteigerungsrate	2,22 %	2,62 %
Nominale Pensionssteigerungsrate	2,03 %	2,91 %
Wahrscheinlichkeiten zur Lebenserwartung/Invalidisierung	modifizierte Richttafeln Heubeck 2018 G	modifizierte Richttafeln Heubeck 2018 G

Die Verpflichtungen aus diesen leistungsdefinierten Versorgungszusagen sind zumeist durch Deckungsvermögen unterlegt. Für überdotierte Verpflichtungen wird in der Bilanz ein aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ausgewiesen. Im Fall einer Unterdotierung oder für Verpflichtungen aus intern finanzierten Plänen der Bank werden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Für beitragsdefinierte Pensionszusagen in Deutschland, bei denen die Deutsche Bank AG mit anderen Finanzinstituten Mitgliedsunternehmen des BVV ist, gilt die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers, welche die Pensionsleistungen und deren gesetzlich vorgeschriebenen Anpassungen umfasst.

Darüber hinaus gibt es Rückstellungen für weitere ähnlich langfristige Verpflichtungen, vornehmlich in Deutschland, beispielsweise für Dienstjubiläen oder Vorruhestandsvereinbarungen. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen.

in Mio. €	Pensionspläne	
	31.12.2024	31.12.2023
Pensionsverpflichtung	9.889	10.493
Angenommene Pensionsverpflichtung bei Anwendung des 7-Jahres-Durchschnittszinses	9.784	10.575
Durch den Unterschied im Durchschnittszins erfasster Ertrag	0	81
Beizulegender Zeitwert des Deckungsvermögens	8.260	8.508
davon:		
Anschaffungskosten des Deckungsvermögens	8.659	8.958
Summe nicht realisierter Gewinne des Deckungsvermögens	4	1
Überdeckung am Jahresende (Saldo)	-1.629	-1.986
Nettobilanzwert Vermögen	-1.629	-1.986
davon:		
bilanziert als Aktivischer Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	5	5
bilanziert als Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.634	1.991

Wie im Vorjahr ergab sich durch die Anwendung der aktualisierten Bewertungsprinzipien gemäß § 253 Absatz 6 HGB ein Bewertungsunterschied durch den im Jahresabschluss verwendeten 10-Jahres-Durchschnittszinssatz und dem 7-Jahres-Durchschnittszinssatz. Da diese Differenz negativ ist, hat sie keinen Einfluss auf die Berechnung der Ausschüttungssperre.

in Mio. €	Pensionspläne	
	2024	2023
Erträge des Planvermögens	158	515
Zinsaufwand der Pensionsverpflichtung	66	74
Nettozinsertrag/-aufwand (-)	92	442
davon: erfasst als Sonstige betriebliche Erträge	93	442
davon: erfasst als Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1	-1

20 – Sonstige Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2024	31.12.2023
Rückstellungen im Kreditgeschäft	250	350
Rückstellungen für drohende Verluste	224	192
Übrige sonstige Rückstellungen	4.958	3.934
Gesamtbetrag der sonstigen Rückstellungen	5.432	4.477

Übrige Sonstige Rückstellungen wurden für die folgenden Risiken gebildet:

Personalarückstellungen bilden zusätzliche Komponenten der Mitarbeitervergütung ab. Diese Bestandteile bestehen aus variabler und aufgeschobener Vergütung, aktienbasierter Vergütung, Mitarbeiteransprüchen aus Vorruhestandsregelungen und weiteren Verpflichtungen. Der zurückgestellte Betrag belief sich auf 3,1 Mrd. € zum Jahresende 2024.

Restrukturierungsrückstellungen entstehen aus Restrukturierungsaktivitäten. Die Strategische Transformation der Bank zielt darauf ab, die nachhaltige Rendite für die Aktionäre deutlich zu verbessern; durch Konzentration auf das Kerngeschäft, Senkung der bereinigten Kosten und Unterstützung einer schnelleren Entscheidungsfindung und -ausführung. Die Rückstellungen für diese Aktivitäten betragen 205 Mio. € zum Jahresende 2024.

Rückstellungen für die aufsichtsbehördliche Durchsetzung von Forderungen werden gebildet aufgrund von aktuellen oder potenziellen Klagen beziehungsweise Verfahren wegen Nichterfüllung rechtlicher oder aufsichtsbehördlicher Verantwortlichkeiten, was dazu geführt hat oder führen könnte, dass eine Einschätzung von Geld- oder sonstigen Strafen staatlicher Aufsichtseinrichtungen, selbstregulierender Organisationen oder sonstiger Aufsichtsbehörden vorgenommen wird. Die Rückstellungen für dieses Risiko beliefen sich auf 110 Mio. € zum Jahresende 2024.

Zivilrechtliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten resultieren aus gegenwärtigen oder möglichen Forderungen und Verfahren aufgrund der behaupteten Nichteinhaltung von vertraglichen oder sonstigen rechtlichen oder gesetzlichen Pflichten, welche zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien oder Aufsichtsbehörden in Zivilverfahren oder aufsichtsrechtlichen Verfahren führen oder führen könnten. Für dieses Risiko wurden Rückstellungen von 859 Mio. € zum Jahresende 2024 gebildet.

Operationelle Rückstellungen entstehen aus operationellen Risiken und beinhalten keine Rückstellungen für zivilrechtliche und regulatorische Rechtsstreitigkeiten, die in einer separaten Rückstellungsart dargestellt werden. Die Rückstellungen für dieses Risiko betragen 13 Mio. € zum Jahresende 2024. Operationelle Risiken beinhalten Verluste, die durch unangemessene oder fehlerhafte interne Prozesse und Systeme, durch menschliches Fehlverhalten oder durch außerbetriebliche Ereignisse entstanden.

Weitere Übrige Rückstellungen bestanden in Höhe von 645 Mio. € zum Jahresende 2024; darin enthalten sind Rückstellungen für UK Bank Levy (120 Mio. €) und Rückstellungen für den Rückbau von gemieteten Räumlichkeiten (84 Mio. €).

21 – Nachrangige Verbindlichkeiten

Vertraglich nachrangige Verbindlichkeiten werden in Form von festverzinslichen und variabel verzinslichen Wertpapieren, Namens- und Inhaberschuldverschreibungen sowie Schuldscheindarlehen begeben und haben Ursprungslaufzeiten von mehrheitlich zwischen zehn und 20 Jahren.

Die Deutsche Bank AG ist in keinem Fall verpflichtet, nachrangige Mittelaufnahmen vorzeitig zurückzuzahlen, wobei in bestimmten Fällen eine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin möglich ist. Im Fall der Liquidation oder der Insolvenz gehen die Forderungen und Zinsansprüche aus diesen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Deutschen Bank AG, die nicht ebenfalls nachrangig sind, nach. Die Umwandlung dieser Mittel in bilanzielles Eigenkapital oder eine andere Schuldform ist in den Anleihebedingungen nicht vereinbart. Diese Bedingungen treffen auch für die nicht einzeln aufgeführten nachrangigen Mittelaufnahmen zu.

Die nachstehende Tabelle zeigt wesentliche nachrangige Verbindlichkeiten ab einem Gegenwert von 1,0 Mrd. €

Währung	Betrag in Mio.	Art	Emissionsjahr	Zinssatz	Fälligkeit ¹
€	1.250	Inhaberschuldverschreibung	2015	2,750 %	17.02.2025
U.S.\$	1.500	Inhaberschuldverschreibung	2015	4,500 %	01.04.2025
€	1.250	Inhaberschuldverschreibung	2020	5,625 %	19.05.2031
U.S.\$	1.250	Inhaberschuldverschreibung	2021	3,729 %	14.01.2032
U.S.\$	1.250	Inhaberschuldverschreibung	2022	3,742 %	07.01.2033
€	1.500	Inhaberschuldverschreibung	2022	4,000 %	24.06.2032
U.S.\$	1.500	Inhaberschuldverschreibung	2023	7,079 %	10.02.2034

¹ Fälligkeit der Schuldverschreibungen; die Schuldverschreibungen beinhalten die Möglichkeit außerordentlicher Kündigung in Abhängigkeit der Zustimmung von Aufsichtsbehörden oder von Änderungen in der Steuergesetzgebung

Die Aufwendungen (inklusive Ergebnis aus derivativen Sicherungsinstrumenten) für die gesamten vertraglich nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 12,9 Mrd. € beliefen sich in 2024 auf insgesamt 447 Mio. €. Hierin enthaltene abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 256 Mio. € sind unter dem Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.

Zusätzlich sind bestimmte Verbindlichkeiten von Gesetzes wegen nachrangig gemäß § 46f Abs. 6 Kreditwesengesetz, sofern ihre Ursprungslaufzeit mindestens ein Jahr beträgt und der Rückzahlungsbetrag oder die Zinszahlungen nicht von einem bei Begebung noch unsicherem Ereignis abhängt. Diese nicht bevorrechtigten Verbindlichkeiten beliefen sich zum Dezember 2024 auf 49,5 Mrd. €.

22 – Genusssrechtskapital

Währung	Betrag in Mio.	Art	Emissionsjahr	Zinssatz	Früheste Kündigungsmöglichkeit
€	20	Dt. Postbank Namensgenussschein Nr. 032	05.03.2007	5,250 %	31.12.2026

23 – Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Per 31. Dezember 2024 belief sich der Bilanzwert der Zusätzlichen Tier-1-Anleihen („AT1 Anleihen“) auf 12,2 Mrd. € gegenüber 8,9 Mrd. € am Ende des Vorjahres. Der auf die Anleihen entfallende Zinsaufwand für das Jahr 2024 belief sich auf 665 Mio. €. Darin enthalten war per 31. Dezember 2024 abgegrenzter Zinsaufwand von 473 Mio. €, der in den Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen ist.

Die AT1-Anleihen stellen unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank dar. Die Zinszahlungen für diese Anleihen bemessen sich an deren Nominalbetrag und sind für den Zeitraum vom Ausgabebetrag bis zum nächsten Zinsanpassungstermin fix. Danach wird der Zinssatz für jeweils fünf Jahre neu festgelegt. Die Anleihebedingungen beinhalten Regelungen, nach denen die Deutsche Bank sowohl verpflichtet werden kann als auch das umfassende Recht zur alleinigen Entscheidung hat, jederzeit Zinszahlungen entfallen zu lassen. Zinszahlungen sind nicht kumulativ und werden in Folgejahren nicht höher ausfallen, um etwaige ausgefallene Zinszahlungen aus Vorjahren nachzuholen. Die Anleihen haben kein Fälligkeitsdatum. Sie können von der Deutschen Bank zum nächsten möglichen vorzeitigen Fälligkeitsdatum gekündigt werden und danach zu festgelegten Kündigungsterminen. Des Weiteren können sie unter bestimmten Bedingungen vorzeitig gekündigt werden. Die Anleihen unterliegen den im jeweiligen Prospekt ausgeführten Bedingungen, die unter anderem beinhalten, dass die Deutsche Bank die Anleihen nur in Gänze und nicht teilweise kündigen kann, sofern dafür bestimmte aufsichtsrechtliche oder steuerliche Gründe vorliegen. Jede vorzeitige Kündigung bedarf der vorherigen Zustimmung der zuständigen Aufsichtsbehörde. Der Rückzahlungs- und der Nominalbetrag der Anleihen kann bei Vorliegen eines auslösenden Sachverhalts vermindert werden. Einen solchen auslösenden Sachverhalt stellt es dar, wenn die Tier-1-Kernkapitalquote des Deutsche Bank-Konzerns, berechnet auf konsolidierter Basis, unter 5,125% fällt. Die Anleihen können nach Vorliegen eines auslösenden Sachverhalts unter bestimmten Bedingungen wieder zugeschrieben werden.

Am 31. Dezember 2024 ausstehende Zusätzliche Tier-1-Anleihen

Währung	Betrag in Mio	Art	Emissionsjahr	Zinssatz	Nächste Kündigungsmöglichkeit
U.S.\$	1.250	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2014	4,789 %	30.04.2025
Britische Pfund	650	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2014	7,125 %	30.04.2026
U.S.\$	1.500	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2014	7,500 %	30.04.2025
U.S.\$	1.250	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2020	6,000 %	30.10.2025
€	1.250	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2021	4,625 %	30.10.2027
€	1.250	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2021	4,500 %	30.11.2026
€	750	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2022	6,750 %	30.10.2028
€	1.250	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2022	10,000 %	30.11.2027
€	1.500	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2024	8,125 %	30.10.2029
€	1.500	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2024	7,375 %	30.10.2031

24 – Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf umgerechnet 501,3 Mrd. €, derjenige der Schulden auf umgerechnet 367,1 Mrd. €.

25 – Eigenkapital

Eigene Aktien

Im Laufe des Jahres 2024 haben die Bank oder mit ihr verbundene Unternehmen keine Deutsche Bank-Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG für Handelszwecke gehalten oder gekauft.

Ferner wurde die Bank durch Beschlüsse der Hauptversammlungen am 16. Mai 2024 (Ermächtigung bis 30. April 2029) sowie am 17. Mai 2023 (Ermächtigung bis 30. April 2028) ermächtigt, Eigene Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG zu erwerben sowie gemäß §§ 237, 238 und 239 AktG zurückzukaufen. Die in diesen Beschlüssen gesetzten Schranken (bis zu 10% der Stammaktien) wurden bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 16. Mai 2024 ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen oder Terminkaufverträgen durchzuführen. Die Schranken beim Einsatz solcher Derivate wurden bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten.

Der Bestand gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG belief sich auf 49.575.838 Stück (2,5% des Grundkapitals), wovon 46.448.708 an zurückgekauften Aktien in 2025 eingezogen werden. Zum 31. Dezember 2024 wurden 16.385.675 (Ende 2023: 15.499.710) Deutsche Bank-Aktien, 0,82% des Grundkapitals (Ende 2023: 0,76%) als Sicherheitsleistung von der Bank oder mit ihr verbundenen Unternehmen in Pfand genommen.

Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals

Nach dem Einzug von 45.541.366 Stückaktien in 2024 besteht das gezeichnete Kapital aus 1.994.701.593 Stückaktien, die auf den Namen lauten. Damit ergibt sich ein rechnerischer Nominalwert in Höhe von 2,56 € pro Aktie. Ohne den Bestand an Eigenen Aktien beliefen sich die im Umlauf befindlichen Aktien am 31. Dezember 2024 auf 1.945.125.755 Stück (Ende 2023: 1.992.047.850 Stück). Die durchschnittliche Zahl umlaufender Aktien betrug im Berichtsjahr 1.947.098.515 Stück.

in €	Gezeichnetes Kapital ¹	Genehmigtes Kapital	Bedingtes Kapital (noch ausübbar)
Stand 31.12.2023	5.223.021.975,04	2.560.000.000,00	0
Aufhebung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 17. Mai 2023	(116.585.896,96)	0	0
Stand 31.12.2024	5.106.436.078,08	2.560.000.000,00	0

¹ Inklusive Nominalwert der Eigenen Aktien

Einzelheiten zu dem genehmigten Kapital sind in den Angaben nach § 315a Absatz 1 HGB im zusammengefassten Lagebericht dargestellt.

Veränderung des Eigenkapitals

in Mio. €		
Stand 31.12.2023		43.552
Einzug von Eigenen Anteilen		
– Veränderung im gezeichneten Kapital		-117
– Veränderung in der Kapitalrücklage ¹		185
– Veränderung in der Gewinnrücklage ¹		-518
Ausschüttung in 2024		-883
Verwendung des Vorjahresbilanzgewinn für Zuführung zur Gewinnrücklage		-2.000
Gewinnvortrag		-575
Eigene Anteile		
– Veränderung Nominalwert im gezeichneten Kapital		-3
– Veränderung Anschaffungskosten		-227
– Realisierte Gewinne (Nicht-Handel)		12
– Realisiertes Ergebnis (Handel)		0
– Realisierte Verluste (Nicht-Handel)		0
Zuführung zur Gewinnrücklage gemäß Hauptversammlungsbeschluss		2.000
Zuführung zur Gewinnrücklage im Rahmen der Gewinnverwendung		1.200
Bilanzgewinn / Bilanzverlust 2024		2.258
Stand 31.12.2024		44.884

¹ Enthält die Veränderung von 68 Mio. € in 2023

Unter Berücksichtigung der Einstellung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 1,2 Mrd. € belief sich der verbliebene Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2024 auf 2,3 Mrd. €. Die Bank wird der Hauptversammlung vorschlagen, eine Dividende in Höhe von 68 € Cent je Stückaktie zu zahlen, weitere 800 Mio. € den Gewinnrücklagen zuzuführen sowie den verbleibenden Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

26 – Außerbilanzielle Transaktionen

Unter dem Bilanzstrich weist die Bank Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen aus, soweit für diese keine Rückstellungen gebildet wurden. Die Entscheidung, ob ein Ausweis der Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen außerhalb der Bilanz oder durch Rückstellungsbildung erfolgt, wird nach dem Ergebnis der Einschätzung des Kreditrisikos getroffen. Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen werden ferner um als Verbindlichkeiten bilanzierte erhaltene Barsicherheiten gekürzt.

Das Risiko von Verlusten aus der Inanspruchnahme von Eventualverbindlichkeiten wird durch die bestehenden Rückgriffmöglichkeiten auf den jeweiligen Auftraggeber reduziert und beruht damit im Wesentlichen auf dem Kreditrisiko der Auftraggeber.

Die Bank schätzt vor dem verbindlichen Eingehen ihrer Verpflichtung im Rahmen einer Kreditprüfung des Auftragsgebers sowie gegebenenfalls anhand einer Bewertung der erwarteten Erfüllung der zugrunde liegenden Verpflichtungen durch den jeweiligen Auftraggeber das Verlustrisiko ab, das aus der Inanspruchnahme einer Eventualverbindlichkeit oder von einer unwiderruflichen Kreditzusage resultiert. Darüber hinaus überprüft die Bank während der Laufzeit ihrer Verpflichtungen regelmäßig, ob aus Inanspruchnahmen der Eventualverbindlichkeiten oder der unwiderruflichen Kreditzusagen Verluste zu erwarten sind. Unter Umständen verlangt die Bank die Stellung von Sicherheiten, um das Risiko von Verlusten aus der Inanspruchnahme zu mindern. Die im Rahmen dieser Beurteilungen abgeschätzten Verlustbeträge werden als Rückstellungen erfasst.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen am 31. Dezember 2024 in Höhe von 175,5 Mrd. € betrafen 173,2 Mrd. € Zusagen von Buch- und Wechselkrediten an Nichtbanken.

Die Deutsche Bank AG gewährt unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen ihrer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch die Deutsche Bank widerrufen werden können. Diese Kreditzusagen werden mit dem Nominalwert nach Abzug von in der Bilanz berücksichtigten Barsicherheiten und Rückstellungen gezeigt. Die oben genannten Beträge stellen nicht die zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme dar, da viele dieser Verträge ohne Inanspruchnahme auslaufen. Unwiderrufliche Kreditzusagen werden nicht in der Bilanz ausgewiesen, aber bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt. Sofern die Kreditrisikoüberwachung hinreichend konkrete Erkenntnisse über einen Verlust aus einer zu erwartenden Inanspruchnahme ergibt, erfolgt eine Rückstellungsbildung.

Die Deutsche Bank AG unterhält verschiedene Geschäftsbeziehungen zu sogenannten Zweckgesellschaften („SPEs“), die einen bestimmten Geschäftszweck erfüllen sollen. SPEs dienen hauptsächlich dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögensgegenständen und Risiken zu ermöglichen sowie den Kunden durch die Verbriefung von finanziellen Vermögensgegenständen Zugang zu liquiden Märkten zu verschaffen. In der Regel profitiert die Deutsche Bank AG von Dienstleistungsgebühren oder Provisionserträgen, die sie für die Gründung von SPEs erhält, oder weil sie als Investment Manager, Depotbank oder in einer anderen Funktion agiert. SPEs können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden. Generell können verschiedenste Arten von Geschäftsbeziehungen zu SPEs bestehen. Die Deutsche Bank AG hat primär Liquiditätsfazilitäten ausgereicht, die als unwiderrufliche Kreditzusagen in den Anderen Verpflichtungen unter dem Bilanzstrich ausgewiesen werden. Die Deutsche Bank AG stellt den SPEs finanzielle Unterstützung bereit in Verbindung mit Commercial-Paper-Conduits-Programmen, der Verbriefung von Forderungen (Asset Securitizations), Investmentanteilen und Immobilienleasing. Solche Zweckgesellschaften sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das Funktionieren etlicher wichtiger Teile der Kapitalmärkte einschließlich der Märkte für durch Grundpfandrechte und andere Vermögensgegenstände unterlegte Wertpapiere (Asset-backed Securities), da sie Investoren im Rahmen der Verbriefungsprogramme den Zugang zu spezifischen Zahlungsströmen und Risiken ermöglichen. Zum 31. Dezember 2024 hatten diese Vereinbarungen keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere Kreditvereinbarungen, Kapitalquoten, Bonitätseinstufungen sowie Dividenden.

Eventualverbindlichkeiten

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernimmt die Deutsche Bank AG im Auftrag ihrer Kunden regelmäßig Bürgschaften, Akkreditive und Kredithaftungen. Im Rahmen dieser Verträge ist es für die Deutsche Bank AG erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen gemäß Vertrag nicht erfüllt. Für diese Haftungsverhältnisse ist der Bank im Einzelnen nicht bekannt, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme erfolgen wird. Sofern die Kreditrisikoüberwachung hinreichend konkrete Erkenntnisse über einen Verlust aus einer zu erwartenden Inanspruchnahme ergibt, erfolgt eine Rückstellungsbildung.

In der nachfolgenden Tabelle werden die gesamten potenziellen Zahlungen aus Bürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen nach Abzug von in der Bilanz berücksichtigten Barsicherheiten und Rückstellungen dargestellt. Die Übersicht zeigt die Maximalbeträge der möglichen Inanspruchnahme der Deutschen Bank AG, wenn sämtliche eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden müssten und gleichzeitig sämtliche Rückgriffsmöglichkeiten auf die Auftraggeber nicht erfüllt werden. Die Tabelle bildet insofern nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme ab, da viele dieser Vereinbarungen ohne Inanspruchnahme auslaufen oder entstehende Inanspruchnahmen durch Rückgriff auf die Auftraggeber ausgeglichen werden.

in Mio. €	31.12. 2024	31.12. 2023
Bürgschaften, Garantien	57.248	48.886
Akkreditive	3.956	3.464
Kredithaftungen	7.848	7.831
Insgesamt	69.052	60.181

27 – Sonstige Verpflichtungen

Kaufverpflichtungen

Kaufverpflichtungen sind rechtlich durchsetzbare und bindende Vereinbarungen, Waren oder Dienstleistungen zu festgesetzten Konditionen wie Mindestabnahmemengen oder Festpreisen zu erwerben. Aus solchen Verträgen besteht für die Deutsche Bank AG das Risiko, dass die Vertragskonditionen ungünstiger sind als die Konditionen zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung oder dass die mit dem Vertrag verbundenen Kosten höher sind als der ökonomische Nutzen. Die Bank überprüft im Rahmen der Jahresabschlusserstellung, ob Verluste aus sonstigen Verpflichtungen drohen. In solchen Fällen wird eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet.

Die Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen beliefen sich zum 31. Dezember 2024 auf 3,4 Mrd. € und beinhalten zukünftige Zahlungen unter anderem für Informationstechnologie und Gebäudemanagement.

Leasingverträge liegen vor, wenn der Eigentümer (Leasinggeber) eines Vermögensgegenstands für einen bestimmten Zeitraum das Recht zur Nutzung des Vermögensgegenstands an eine andere Partei (Leasingnehmer) gegen regelmäßige Zahlungen überträgt. Leasingverträge werden als Operating Lease klassifiziert, wenn die Verträge ein begrenztes oder unbegrenztes Recht zur Kündigung durch den Leasingnehmer vorsehen. Die Mehrheit der Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am Vermögensgegenstand einhergehen, verbleibt beim Leasinggeber; der Leasingnehmer bleibt wirtschaftlicher Eigentümer. Verträge über Operating Lease bieten eine Alternative zum Eigentum, da sie dem Leasingnehmer ermöglichen, einen Vermögensgegenstand zu nutzen, ohne direkt in den Vermögensgegenstand zu investieren. Die bestehenden Verpflichtungen der Deutschen Bank aus Operating Lease schließen Miet- und Pachtverträge für Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung ein. Die Mehrheit der Leasingverträge sind Gebäudeleasings, bei denen die Deutsche Bank Leasingnehmer ist. Die Zahlungsverpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen sowie aus Leasingverträgen betragen zum 31. Dezember 2024 4,8 Mrd. € bei Restlaufzeiten von bis zu 24 Jahren.

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Bankenabgabe und Einlagensicherung

Die Bank ist verpflichtet, Beiträge an internationale Abwicklungsbehörden oder Einlagensicherungssysteme wie den Europäischen Abwicklungsfonds (SRF) des Single Resolution Board (SRB) zu leisten. Ein Teil dieser Beiträge kann in Form von unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen (Irrevocable Payment Commitments (IPCs)) geleistet werden, die mit Barmitteln oder Wertpapiersicherheiten unterlegt sind.

Die IPCs im Zusammenhang mit der Bankenabgabe gemäß der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD), dem SRF und der Einlagensicherung durch den deutschen Einlagensicherungsfonds beliefen sich zum 31. Dezember 2024 auf 1,4 Mrd. € (31. Dezember 2023: 1,4 Mrd. €). Davon entfielen 1,0 Mrd. € auf IPCs gegenüber dem SRF (31. Dezember 2023: 1,0 Mrd. €) und 0,4 Mrd. € auf den deutschen Einlagensicherungsfonds (31. Dezember 2023: 0,4 Mrd. €).

Zum 31. Dezember 2024 setzten sich die gesamten Sicherheiten aus 1,0 Mrd. € an Barsicherheiten und 481 Mio. € an Wertpapiersicherheiten zusammen (31. Dezember 2023: 1,3 Mrd. € bzw. 81 Mio. €). Davon entfallen 965 Mio. € an Barsicherheiten auf den SRF (31. Dezember 2023: 962 Mio. €).

Die Bank bilanziert die IPCs als Eventualverbindlichkeiten, da die Inanspruchnahme der IPCs als unwahrscheinlich angesehen wird. Außerdem bleibt die Bank der wirtschaftliche Eigentümer der gestellten Sicherheiten.

Im Oktober 2023 fällte das Gericht der EU in einem Verfahren, in dem die Deutsche Bank nicht Partei war, ein Urteil, das den SRB in seiner Auffassung unterstützte, dass im Falle eines Kreditinstituts, das nicht mehr in den Anwendungsbereich des einheitlichen Abwicklungsmechanismus fällt, seine IPCs annulliert werden und die Sicherheiten, die diese Verpflichtungen unterlegen, nur dann zurückgegeben werden, wenn das Institut einen Barbeitrag in gleicher Höhe an den SRF leistet. Der Kläger hat gegen dieses Urteil im Januar 2024 Berufung beim Gerichtshof der Europäischen Union eingelegt. Die Bank ist der Ansicht, dass ihre Bilanzierungsanalyse für IPCs im Hinblick auf den SRF und die Einlagensicherung zum 31. Dezember 2024 unberührt bleibt, und wird die rechtlichen Entwicklungen und ihre möglichen Auswirkungen auf die Bilanzierung weiter beobachten.

Sonstige Eventualverbindlichkeiten

Per 31. Dezember 2024 belief sich der noch nicht amortisierte Aufwand für aufgeschobene variable Vergütung auf 0,4 Mrd. €.

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und sonstigen Anteilen beliefen sich Ende 2024 auf 21 Mio. €, davon 15 Mio. € gegenüber einem verbundenen Unternehmen.

Gemäß § 5 Absatz 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds hat die Deutsche Bank sich verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Deutschen Bank stehenden oder von durch sie beherrschten Kreditinstituten anfallen.

Verpflichtungen aus Geschäften an Terminbörsen sowie gegenüber Clearingstellen, für die Wertpapiere als Sicherheit hinterlegt wurden, beliefen sich zum 31. Dezember 2024 auf 3,9 Mrd. €.

Es bestehen zudem Eventualhaftungen in Höhe von insgesamt 77 Mio. €.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

28 – Erträge nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags des Handelsbestands und der sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich auf verschiedene Regionen und führt gemäß § 34 Absatz 2 RechKredV zu folgender Übersicht:

in Mio. €	31.12. 2024	31.12. 2023
Bundesrepublik Deutschland	40.029	42.778
Europa ohne Deutschland	26.872	20.085
Amerika	11.428	9.963
Afrika/Asien/Australien	6.560	5.284
Insgesamt	84.890	78.111

29 – Zinserträge und Zinsaufwendungen

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften beinhalteten 23 Mio. € negative Zinsen, das heißt Zinsaufwendungen auf Ausleihungen. Diese negativen Zinserträge entfielen im Wesentlichen auf Forderungen an Kreditinstitute und Handelsaktiva. Zinsaufwendungen beinhalteten 21 Mio. € negative Zinsen, das heißt Zinserträge aus Verbindlichkeiten, im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

30 – Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Für Dritte wurden nachstehende Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erbracht: Depotverwaltung, Vermittlung von Hypotheken, Versicherungen und Bausparverträgen, Verwaltung von Treuhandvermögen und Vermögensverwaltung.

31 – Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 4,8 Mrd. € beinhalteten die Wertveränderungen aus Nichthandelsderivaten in Höhe von 3,7 Mrd. €, die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 0,5 Mrd. € sowie das Nettozinsergebnis aus leistungsorientierten Versorgungsplänen in Höhe von 0,1 Mrd. €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 6,2 Mrd. € beinhalteten im Wesentlichen Wertveränderungen aus Nichthandelsderivaten in Höhe von 4,0 Mrd. € sowie die Zuführung von Rückstellungen in Höhe von 1,9 Mrd. €.

32 – Außerordentliches Ergebnis

Außerordentliche Erträge in Höhe von 88 Mio. € resultierten aus Restrukturierungsaktivitäten (2023: 1 Mio. € Erträge). Außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 91 Mio. € standen im Zusammenhang mit Restrukturierungsaktivitäten (2023: Aufwendungen von 158 Mio. €).

Aus außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergab sich ein außerordentliches Ergebnis von minus 4 Mio. € (2023: minus 157 Mio. €).

33 – Steuern

Im Geschäftsjahr 2024 verzeichnete die Bank einen Steueraufwand von 955 Mio. € gegenüber einem Steuerertrag in Höhe von 646 Mio. € im Vorjahr. Der Steueraufwand des laufenden Jahres wurde überwiegend durch steuerfreie Erträge beeinflusst. Demgegenüber war der Steuerertrag des Vorjahres hauptsächlich auf Änderungen beim Ansatz und der Bewertung latenter Steueransprüche zurückzuführen.

Die globalen Mindestbesteuerungsregeln oder Pillar 2 Regeln gelten für die Deutsche Bank ab 2024, wobei die Deutsche Bank AG die oberste Muttergesellschaft ist. Die Deutsche Bank ist verpflichtet, jährlich die globale Mindeststeuer oder Pillar 2 Ergänzungssteuer für ihre Konzerngesellschaften in nahezu 60 Ländern zu ermitteln. Eine vorübergehende Befreiung von den detaillierten Berechnungen der Pillar 2 Regeln, die für jedes Land separat bestimmt werden, kann jedoch im Rahmen der befristeten Übergangsregelungen gewährt werden. Diese Übergangsregelungen gelten für die Geschäftsjahre 2024-2026 und basieren auf den länderbezogenen Berichten der Bank, welche jährlich bei den deutschen Steuerbehörden einzureichen sind sowie bestimmten anderen Finanzdaten. Es bestehen hinsichtlich der Anwendung der Pillar 2 Regeln noch Unsicherheiten, weitere gesetzgeberische Entwicklungen und Auslegungshilfen werden in vielen Ländern künftig noch zu erwarten sein und die Umsetzungsarbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Die Deutsche Bank AG hat die potenziellen Auswirkungen auf ihre Finanzlage für das Jahr 2024 nach bestem Wissen und Gewissen bewertet und einen mit den Pillar 2 Regelungen verbundenen laufenden Steueraufwand in Höhe von 3 Mio. € erfasst. Bei der Bewertung wurde eine Reihe von qualitativen und quantitativen Faktoren, die im Jahr 2024 Anwendung fanden, berücksichtigt. (1) Der gemischte gesetzliche Steuersatz der Deutschen Bank AG liegt deutlich über dem Mindeststeuersatz von 15%. (2) Darüber hinaus unterliegt die Bank in nur wenigen Ländern einem gesetzlichen Steuersatz von weniger als 15%. (3) Auf der Grundlage einer Analyse des jüngsten länderbezogenen Berichts wird davon ausgegangen, dass die Bank in den meisten Ländern, in denen sie tätig ist, die zuvor genannten Übergangsregelungen in Anspruch nehmen kann.

34 – Angabe zu ausschüttungsgesperrten Beträgen im Sinne der §§ 253 Absatz 6 und 268 Absatz 8 HGB

Die nachfolgende Tabelle zeigt die bei der Gewinnausschüttung zu beachtenden Beträge nach § 253 Absatz 6 HGB und nach § 268 Absatz 8 HGB. Zum 31. Dezember 2024 decken die frei verfügbaren Rücklagen in Höhe von 16,5 Mrd. € zuzüglich des Bilanzgewinns in Höhe von 2,3 Mrd. € die Summe der ausschüttungsgesperrten Beträge. In den einzelnen Positionen sind, falls vorhanden, die passiv gebildeten latenten Steuern berücksichtigt. Deshalb können die Beträge vom Bilanzausweis abweichen.

in Mio. €	31.12. 2024	31.12. 2023
Aktivierung latenter Steuern	6.590	7.154
Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	2.997	2.720
Unterschiedsbetrag aus der Abzinsung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen	0	56
Unrealisierte Gewinne des Planvermögens	4	1
Summe der ausschüttungsgesperrten Beträge	9.590	9.931

35 – Anteilsbesitz

- 33 Unternehmen, an denen mehr als 20 % der Kapitalanteile gehalten werden
- 41 Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet

Nachfolgende Seiten zeigen den Anteilsbesitz der Deutschen Bank AG gemäß § 285 Nummer 11 HGB einschließlich der Angaben nach § 285 Nummer 11a HGB. Nach § 286 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 HGB unterbleiben die Angaben des Eigenkapitals sowie des Ergebnisses, soweit sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank AG von untergeordneter Bedeutung sind.

- Fußnoten:
- 1 Ergebnisabführungsvertrag, keine Angabe zum Ergebnis.
- 2 Eigenkapital und Ergebnis des Geschäftsjahres 2023; Zahlen des lokalen Abschlusses für das Geschäftsjahr 2024 liegen noch nicht vor.
- 3 Eigenkapital und Ergebnis des Teilkonzerns. Die folgenden Gesellschaften mit vorangestelltem Strich gehören zum Teilkonzern; ihr Eigenkapital und ihr Ergebnis sind in den Teilkonzernzahlen enthalten.
- 4 Stellung als unbeschränkt haftender Gesellschafter gemäß § 285 Nummer 11a HGB.
- 5 General Partnership.

Unternehmen, an denen mehr als 20% der Kapitalanteile gehalten werden

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
1	ABATE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
2	ABRI Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
3	ACHTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
4	ACHTZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
5	ACIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
6	ACTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
7	ADEO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
8	ADLAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
9	AGUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
10	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		26,9	291,8	8,0
11	ALANUM Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
12	Alfred Herrhausen Gesellschaft mbH i.L.	Berlin		100,0		
13	ALTA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
14	ANDOT Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
15	AVOC Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
16	Baldur Mortgages Limited	London		100,0		
17	BANKPOWER GmbH Personaldienstleistungen	Frankfurt		30,0		
18	Banks Island General Partner Inc.	Toronto		50,0		
19	Benefit Trust GmbH	Lützen		100,0	6.702,3	215,3
20	Bestra Gesellschaft für Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		49,0		
21	Betriebs-Center für Banken AG	Frankfurt		100,0	167,1	15,2
22	Better Financial Services GmbH	Berlin		100,0		
23	Better Payment Germany GmbH	Berlin		100,0		
24	BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH	Hamel	1	100,0	1.161,3	0,0
25	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft	Hamel	1	100,0	1.800,6	0,0
26	BHW Holding GmbH	Hamel	1	100,0	727,8	0,0
27	BIMES Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		50,0		
28	BLI Beteiligungsgesellschaft für Leasinginvestitionen mbH	Düsseldorf		33,2		
29	BLI Internationale Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		32,0		
30	Borfield Sociedad Anonima	Montevideo		100,0		
31	Breaking Wave DB Limited	London		100,0	18,3	0,7
32	BT Globenet Nominees Limited	London		100,0		
33	Cardea Real Estate S.r.l.	Mailand		100,0		
34	Carpathian Investments Designated Activity Company	Dublin		100,0		
35	Cathay Advisory (Beijing) Co., Ltd.	Peking		100,0		
36	Cathay Asset Management Company Limited	Ebène		100,0		
37	Cathay Capital Company (No 2) Limited	Ebène		67,6	120,0	-33,4
38	Cathay Strategic Investment Company Limited	Hongkong		100,0	80,5	3,1
39	Cedar (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		98,2		
40	City Leasing (Thameside) Limited	London		100,0		
41	City Leasing Limited	London		100,0		
42	Consumo Srl in Liquidazione	Mailand		100,0		
43	D B Investments (GB) Limited	London	2	100,0	510,6	-20,3
44	D&M Turnaround Partners Godo Kaisha	Tokio		100,0	0,0	3,6
45	Danube Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
46	DB (Barbados) SRL	Christ Church		100,0		
47	DB (Malaysia) Nominee (Asing) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0		
48	DB (Malaysia) Nominee (Tempatan) Sendirian Berhad	Kuala Lumpur		100,0		
49	DB Advisors SICAV	Luxemburg		100,0	6.659,5	-169,9
50	DB Advisory Services S.A.S.	Bogotá		100,0		
51	DB Aotearoa Investments Limited	Georgetown		100,0		
52	DB Asset Finance I S.à r.l.	Luxemburg	2	96,9	5,8	10,9
53	DB Asset Finance II S.à r.l.	Luxemburg	2	96,9	5,7	18,8
54	DB Beteiligungs-Holding GmbH	Frankfurt	1	100,0	5.667,9	0,0
55	DB Capital Markets (Deutschland) GmbH	Frankfurt	1	100,0	530,2	0,0
56	DB Cartera de Inmuebles 1, S.A.U.	Madrid		100,0		
57	DB Chestnut Holdings Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0		
58	DB Commodity Financing Limited	London		100,0		
59	DB Corporate Advisory (Malaysia) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0		
60	DB Covered Bond S.r.l.	Conegliano		90,0		
61	DB Credit Investments S.à r.l.	Luxemburg	2	100,0	0,8	14,3
62	DB Direkt GmbH	Frankfurt	1	100,0		
63	DB Finance International GmbH	Frankfurt		100,0		
64	DB Global Technology SRL	Bukarest		100,0	48,7	13,0
65	DB Group Services (UK) Limited	London		100,0		
66	DB HR Solutions GmbH	Frankfurt		100,0	8,2	2,9
67	DB Industrial Holdings Beteiligungs GmbH & Co. KG	Lützen		100,0	1.755,0	69,6

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
68	DB Industrial Holdings GmbH	Lützen		100,0	1.490,3	56,9
69	DB Internal Funding Limited	London		100,0	349,8	10,6
70	DB International (Asia) Limited	Singapur		100,0	473,6	33,0
71	DB International Investments Limited	London		100,0		
72	DB International Trust (Singapore) Limited	Singapur		100,0		
73	DB Investment Partners Limited	London		100,0	5,4	-9,3
74	DB Investment Partners Pte. Ltd.	Singapur		100,0		
75	DB Investment Services GmbH	Frankfurt	1	100,0	46,0	0,0
76	DB London (Investor Services) Nominees Limited	London		100,0		
77	DB Management Support GmbH	Frankfurt		100,0		
78	DB Municipal Holdings LLC	Wilmington		100,0	27,8	65,4
79	DB Nominees (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0		
80	DB Nominees (Jersey) Limited	St. Helier		100,0		
81	DB Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		100,0		
82	DB Operaciones y Servicios Interactivos, S.L.U.	Madrid		100,0		
83	DB Overseas Holdings Limited	London	2	100,0	68,6	6,7
84	DB Placement, LLC	Wilmington		100,0		
85	DB Print GmbH	Frankfurt	1	100,0		
86	DB Re S.A.	Luxemburg		100,0	10,0	4,7
87	DB Real Estate Global Opportunities IB (Offshore), L.P.	Camana Bay		33,6		
88	DB Service Centre Limited	Dublin		100,0		
89	DB Services (Jersey) Limited	St. Helier		100,0		
90	DB Servizi Amministrativi S.r.l.	Mailand		100,0		
91	DB Strategic Advisors, Inc.	Makati Stadt		100,0		
92	DB Structured Holdings Luxembourg S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
93	DB Trustee Services Limited	London		100,0		
94	DB Trustees (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0	5,8	3,0
95	DB UK Bank Limited	London	2	100,0	716,7	20,3
96	DB UK Holdings Limited	London	2	100,0	84,5	19,8
97	DB UK PCAM Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
98	DB USA Corporation (Teilkonzern)	Wilmington	3	100,0	12.792,1	769,0
99	-ABFS I Incorporated	Lutherville-Timonium		100,0		
100	-Alex. Brown Financial Services Incorporated	Lutherville-Timonium		100,0		
101	-Alex. Brown Investments Incorporated	Lutherville-Timonium		100,0		
102	-Argent Incorporated	Lutherville-Timonium		100,0		
103	-China Recovery Fund, LLC	Wilmington		85,0		
104	-DB Alex. Brown Holdings Incorporated	Wilmington		100,0		
105	-DB Aster II, LLC	Wilmington		100,0		
106	-DB Aster, Inc.	Wilmington		100,0		
107	-DB Aster, LLC	Wilmington		100,0		
108	-DB Boracay LLC	Wilmington		100,0		
109	-DB Equipment Leasing, Inc.	New York		100,0		
110	-DB Finance (Delaware), LLC	Wilmington		100,0		
111	-DB Global Technology, Inc.	Wilmington		100,0		
112	-DB Holdings (New York), Inc.	New York		100,0		
113	-DB Intermezzo LLC	Wilmington		100,0		
114	-DB IROC Leasing Corp.	New York		100,0		
115	-DB Litigation Fee LLC	Wilmington		100,0		
116	-DB Omega Ltd.	Georgetown		100,0		
117	-DB Overseas Finance Delaware, Inc.	Wilmington		100,0		
118	-DB Private Clients Corp.	Wilmington		100,0		
119	-DB Private Wealth Mortgage Ltd.	New York		100,0		
120	-DB Services Americas, Inc.	Wilmington		100,0		
121	-DB Structured Derivative Products, LLC	Wilmington		100,0		
122	-DB Structured Products, Inc.	Wilmington		100,0		
123	-DB U.S. Financial Markets Holding Corporation	Wilmington		100,0		
124	-DB USA Core Corporation	West Trenton		100,0		
125	-DBAH Capital, LLC	Wilmington		100,0		
126	-DBFIC, Inc.	Wilmington		100,0		
127	-DBNZ Overseas Investments (No.1) Limited	Georgetown		100,0		
128	-Deutsche Bank Americas Holding Corp.	Wilmington		100,0		
129	-Deutsche Bank Holdings, Inc.	Wilmington		100,0		
130	-Deutsche Bank Insurance Agency Incorporated	Wilmington		100,0		
131	-Deutsche Bank National Trust Company	Los Angeles		100,0		
132	-Deutsche Bank Securities Inc.	Wilmington		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
133	-Deutsche Bank Trust Company Americas	New York		100,0		
134	-Deutsche Bank Trust Company Delaware	Wilmington		100,0		
135	-Deutsche Bank Trust Company, National Association	New York		100,0		
136	-Deutsche Bank Trust Corporation	New York		100,0		
137	-Deutsche Leasing New York Corp.	New York		100,0		
138	-Deutsche Mortgage & Asset Receiving Corporation	Wilmington		100,0		
139	-GAC-HEL, Inc.	Wilmington		100,0		
140	-German American Capital Corporation	Lutherville-Timonium		100,0		
141	-GWC-GAC Corp.	Wilmington		100,0		
142	-Kelsey Street LLC	Wilmington		100,0		
143	-87 Leonard Development LLC	Wilmington		100,0		
144	-MIT Holdings, Inc.	Baltimore		100,0		
145	-MortgageIT Securities Corp.	Wilmington		100,0		
146	-MortgageIT, Inc.	New York		100,0		
147	-New 87 Leonard, LLC	Wilmington		100,0		
148	-PARTS Funding, LLC	Wilmington		100,0		
149	-QR Tower 2, LLC	Wilmington		100,0		
150	-Route 28 Receivables, LLC	Wilmington		100,0		
151	-Sharps SP I LLC	Wilmington		100,0		
152	-Singer Island Tower Suite LLC	Wilmington		100,0		
153	-Zumirez Drive LLC	Wilmington		100,0		
154	DB Valoren S.à r.l.	Luxemburg		100,0	609,5	40,5
155	DB Value S.à r.l.	Luxemburg		100,0	45,9	2,5
156	DB VersicherungsManager GmbH	Frankfurt	1	100,0		
157	DB Vita S.A.	Luxemburg		84,0	48,5	2,0
158	DBCIBZ1	Georgetown		100,0		
159	DBOI Global Services (UK) Limited	London	2	100,0	8,2	2,5
160	DBR Investments Co. Limited	Georgetown		100,0	28,4	-46,2
161	DBRE Global Real Estate Management IB, Ltd.	Georgetown		100,0		
162	DBRE Global Real Estate Management US IB, L.L.C.	Wilmington		100,0		
163	DBRMSGP1	Georgetown	4, 5	100,0	438,0	24,4
164	DBUSBZ2, S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
165	DBX Advisors LLC	Wilmington		100,0	14,4	4,1
166	DEE Deutsche Erneuerbare Energien GmbH	Frankfurt		100,0		
167	DEUKONA Versicherungs-Vermittlungs-GmbH	Frankfurt		100,0	3,3	2,6
168	Deutsche (Aotearoa) Capital Holdings New Zealand	Auckland		100,0		
169	Deutsche (Aotearoa) Foreign Investments New Zealand	Auckland		100,0		
170	Deutsche Alternative Asset Management (UK) Limited	London		100,0	12,9	2,7
171	Deutsche Asia Pacific Holdings Pte Ltd	Singapur		100,0	289,0	2,0
172	Deutsche Asset Management (India) Private Limited	Mumbai		100,0	10,5	0,1
173	Deutsche Australia Limited (Teilkonzern)	Sydney	2, 3	100,0	184,3	13,3
174	-Deutsche Capital Markets Australia Limited	Sydney		100,0		
175	-Deutsche Group Services Pty Limited	Sydney		100,0		
176	Deutsche Bank (Cayman) Limited	Georgetown		100,0	54,5	3,8
177	Deutsche Bank (China) Co., Ltd.	Peking		100,0	1.373,6	97,8
178	Deutsche Bank (Malaysia) Berhad	Kuala Lumpur		100,0	417,1	48,6
179	Deutsche Bank (Suisse) SA	Genf		100,0	634,0	11,1
180	Deutsche Bank (Uruguay) Sociedad Anónima Institución Financiera Externa	Montevideo		100,0		
181	DEUTSCHE BANK A.S.	Istanbul		100,0	170,4	65,6
182	Deutsche Bank Europe GmbH	Frankfurt	1	100,0	10,0	0,0
183	Deutsche Bank Financial Company	Georgetown		100,0	5,5	-28,1
184	Deutsche Bank Immobilien GmbH	Hamel	1	100,0		
185	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Luxemburg		100,0	4.999,0	306,2
186	Deutsche Bank Mutui S.p.A.	Mailand		100,0	24,6	-2,3
187	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Warschau		100,0	412,5	-402,6
188	Deutsche Bank Representative Office Nigeria Limited	Lagos		100,0		
189	Deutsche Bank S.A. - Banco Alemão	Sao Paulo		100,0	439,4	-17,4
190	Deutsche Bank Securities Limited	Toronto		100,0	43,8	1,3
191	Deutsche Bank Società per Azioni	Mailand		99,9	2.999,8	120,3
192	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española Unipersonal	Madrid		100,0	1.113,8	60,3
193	Deutsche Capital Finance (2000) Limited	Georgetown		100,0		
194	Deutsche Cayman Ltd.	Camana Bay		100,0		
195	Deutsche Colombia S.A.S. - en Liquidacion	Bogotá		100,0		
196	Deutsche Custody N.V.	Amsterdam		100,0		
197	Deutsche Equities India Private Limited	Mumbai		100,0	50,0	14,1
198	Deutsche Finance No. 2 Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0	0,0	-28,9
199	Deutsche Gesellschaft für Immobilien-Leasing mit beschränkter Haftung i.L.	Düsseldorf		100,0		
200	Deutsche Global Markets Limited	Tel Aviv		100,0	16,5	1,4

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
201	Deutsche Group Holdings (SA) Proprietary Limited	Johannesburg		100,0	0,0	18,7
202	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt	1	99,8		
203	Deutsche Holdings (Grand Duchy)	Luxemburg		100,0	54,4	0,0
204	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0	1.622,5	182,4
205	Deutsche Holdings Limited	London	2	100,0	429,0	0,0
206	Deutsche Holdings No. 2 Limited	London	2	100,0	175,2	26,0
207	Deutsche Holdings No. 3 Limited	London	2	100,0	226,9	73,5
208	Deutsche Holdings No. 4 Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
209	Deutsche Immobilien Leasing GmbH	Düsseldorf	1	100,0	26,5	0,0
210	Deutsche India Holdings Private Limited	Mumbai		100,0	90,7	16,6
211	Deutsche India Private Limited	Mumbai		100,0	219,6	87,5
212	Deutsche International Corporate Services (Ireland) Limited	Dublin		100,0		
213	Deutsche Investments (Netherlands) N.V. in liquidatie	Amsterdam		100,0		
214	Deutsche Investments India Private Limited	Mumbai		100,0	109,8	8,2
215	Deutsche Investor Services Private Limited	Mumbai		100,0		
216	Deutsche Knowledge Services Pte. Ltd.	Singapur		100,0	95,0	3,7
217	Deutsche Mexico Holdings S.à r.l.	Luxemburg	2	100,0	127,3	21,1
218	Deutsche Morgan Grenfell Group Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
219	Deutsche Nederland N.V.	Amsterdam		100,0		
220	Deutsche New Zealand Limited (Teilkonzern)	Auckland	3	100,0		
221	-Deutsche (New Munster) Holdings New Zealand Limited	Auckland		100,0		
222	-Deutsche Domus New Zealand Limited	Auckland		100,0		
223	-Deutsche Foras New Zealand Limited	Auckland		100,0		
224	-Deutsche Overseas Issuance New Zealand Limited	Auckland		100,0		
225	Deutsche Nominees Limited	London		100,0		
226	Deutsche Oppenheim Family Office AG	Köln	1	100,0	203,4	0,0
227	Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH	Schütteringen		100,0		
228	Deutsche Postbank Funding LLC I	Wilmington		100,0		
229	Deutsche Postbank Funding LLC III	Wilmington		100,0		
230	Deutsche Postbank Funding Trust I	Newark		100,0		
231	Deutsche Postbank Funding Trust III	Newark		100,0		
232	Deutsche River Investment Management Company S.à r.l., en faillite clôturée	Luxemburg		49,0		
233	Deutsche Securities (India) Private Limited	Neu Delhi		100,0		
234	Deutsche Securities (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0		
235	Deutsche Securities (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0		
236	Deutsche Securities Asia Limited	Hongkong		100,0	118,9	4,0
237	Deutsche Securities Inc.	Tokio	2	100,0	673,5	110,2
238	Deutsche Securities Israel Ltd.	Tel Aviv		100,0	1,9	-5,1
239	Deutsche Securities Korea Co.	Seoul		100,0	58,9	-0,3
240	Deutsche Securities Saudi Arabia (a closed joint stock company)	Riad		100,0	81,3	0,5
241	Deutsche Securities, S.A. de C.V., Casa de Bolsa	Mexiko Stadt		100,0	123,8	10,5
242	Deutsche Services (CI) Limited	St. Helier		100,0	205,8	8,5
243	Deutsche Services Polska Sp. z o.o.	Warschau		100,0		
244	Deutsche StiftungsTrust GmbH	Frankfurt	1	100,0		
245	Deutsche Strategic Investment Holdings Yugen Kaisha	Tokio		100,0		
246	Deutsche Trustee Company Limited	London		100,0	20,9	4,1
247	Deutsche Trustee Services (India) Private Limited	Mumbai		100,0		
248	Deutsche Trustees Malaysia Berhad	Kuala Lumpur		100,0		
249	Deutsche Wealth Management S.G.I.I.C., S.A.	Madrid		100,0		
250	Deutsche Zurich Pensiones Entidad Gestora de Fondos de Pensiones, S.A.	Barcelona		50,0		
251	Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft	Köln		25,1	12,8	0,3
252	Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH	Frankfurt		78,0		
253	DI Deutsche Immobilien Treuhandgesellschaft mbH	Frankfurt	1	100,0		
254	DIL Internationale Leasinggesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
255	DISCA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	1	100,0		
256	Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH	Berlin		21,1		
257	DONARUM Holding GmbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
258	DREIZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
259	DRITTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
260	DRITTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
261	Durian (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		98,0		
262	DWS Alternatives France	Paris		100,0		
263	DWS Alternatives Global Limited	London		100,0	114,4	-21,7
264	DWS Alternatives GmbH	Frankfurt	1	100,0	19,5	0,0
265	DWS Asset Management (Korea) Company Limited	Seoul		100,0	14,1	-1,0
266	DWS Beteiligungs GmbH	Frankfurt	1	98,5	336,4	0,0
267	DWS CH AG	Zürich		100,0	20,6	5,2
268	DWS Consulting Shanghai Limited	Schanghai		100,0		
269	DWS Corporate Management Shanghai Limited	Schanghai		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
270	DWS Distributors, Inc.	Wilmington		100,0	29,8	9,5
271	DWS EREP Lux 1 S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
272	DWS European Real Estate Partners S.C.A. SICAV-RAIF	Luxemburg		99,9		
273	DWS Far Eastern Investments Limited	Taipeh		60,0	12,4	1,9
274	DWS Global Business Services Inc.	Taguig Stadt		99,9		
275	DWS Group GmbH & Co. KGaA	Frankfurt		79,5	7.826,4	605,3
276	DWS Group Services UK Limited	London		100,0	42,6	-3,3
277	DWS Grundbesitz GmbH	Frankfurt	1	99,9	27,7	0,0
278	DWS India Private Limited	Mumbai		100,0	11,1	5,2
279	DWS International GmbH	Frankfurt	1	100,0	86,3	0,0
280	DWS Investment GmbH	Frankfurt	1	100,0	393,6	0,0
281	DWS Investment Management Americas, Inc.	Wilmington		100,0	711,3	-3,8
282	DWS Investment S.A.	Luxemburg		100,0	417,7	30,6
283	DWS Investments Australia Limited	Sydney		100,0		
284	DWS Investments Hong Kong Limited	Hongkong		100,0	41,9	-5,6
285	DWS Investments Japan Limited	Tokio		100,0	21,6	0,5
286	DWS Investments Singapore Limited	Singapur		100,0	418,9	41,8
287	DWS Investments UK Limited	London		100,0	203,8	94,3
288	DWS Management GmbH	Frankfurt		100,0		
289	DWS Offshore Infrastructure Debt Opportunities Feeder LP	Georgetown		26,3	37,0	4,6
290	DWS Real Estate GmbH	Frankfurt	1	99,9	52,7	0,0
291	DWS Service Company	Wilmington		100,0	2,9	-7,5
292	DWS Trust Company	Concord		100,0	29,1	1,3
293	DWS USA Corporation	Wilmington		100,0	1.505,7	58,2
294	EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG i.L.	Hamburg		65,2		
295	EINUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
296	Elbe Properties S.à r.l., en faillite clôturée	Luxemburg		25,0		
297	ELC Logistik-Centrum Verwaltungs-GmbH	Düsseldorf		50,0		
298	ELFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
299	Elm (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		98,0		
300	Emerald Asset Repackaging Designated Activity Company	Dublin		100,0		
301	Erste Frankfurter Hoist GmbH i.L.	Frankfurt		100,0		
302	European Value Added I (Alternate G.P.) LLP	London		100,0		
303	Evroenergeiaki Anonymi Etaireia	Athen		40,0		
304	Fiduciaria Sant' Andrea S.r.l.	Mailand		100,0		
305	Finanzberatungsgesellschaft mbH der Deutschen Bank	Berlin		100,0		
306	Fir (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
307	Franz Urbig- und Oscar Schlitter-Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0		
308	FSDB Merchant Services GmbH	Frankfurt		49,0		
309	FÜNFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
310	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. "Leipzig-Magdeburg" KG	Bad Homburg		41,2		
311	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden "Louisenstraße" KG	Bad Homburg		30,6		
312	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl "Rimbachzentrum" KG	Bad Homburg		74,9		
313	FÜNFZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
314	G.O. IB-US Management, L.L.C.	Wilmington		100,0		
315	Gesellschaft für Kreditsicherung mit beschränkter Haftung	Berlin		36,7	9,7	7,6
316	Global Tokenization Holdings Limited	Dublin		33,3		
317	Glor Music Production GmbH & Co. KG	Rottach-Egern		29,5		
318	GLOR Music Production II GmbH & Co. KG	Rottach-Egern		28,6		
319	Greenheart (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
320	Grundstücksgesellschaft Frankfurt Bockenheimer Landstraße GbR	Troisdorf		98,7		
321	Grundstücksgesellschaft Karlsruhe Kaiserstraße GbR	Troisdorf		40,1		
322	Grundstücksgesellschaft Kerpen-Sindorf Vogelrutherfeld GbR	Troisdorf		94,0		
323	Grundstücksgesellschaft Köln Oppenheimstraße GbR	Troisdorf		100,0		
324	Grundstücksgesellschaft Köln-Merheim Winterberger Straße GbR	Troisdorf		41,6		
325	Grundstücksgesellschaft Leipzig Petersstraße GbR	Troisdorf		62,1		
326	Grundstücksgesellschaft Mietwohnhäuser Leipzig-Gohlis GbR	Troisdorf		25,0		
327	Grundstücksgesellschaft München Synagogenplatz GbR	Troisdorf		26,0		
328	Grundstücksgesellschaft Wiesbaden Luisenstraße/Kirchgasse GbR	Troisdorf		78,7		
329	Harvest Fund Management Co., Ltd.	Schanghai		30,0	1.181,2	201,7
330	HR "Simone" GmbH & Co. KG i.L.	Jork		24,3		
331	Huarong Rongde Asset Management Company Limited	Peking		40,7	362,8	-62,4
332	ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf		50,0		
333	Immobilienfonds Büro Center Erfurt am Flughafen Bindersleben III GbR	Troisdorf		20,7		
334	Immobilienfonds Büro-Center Erfurt am Flughafen Bindersleben I GbR	Troisdorf		90,0		
335	Immobilienfonds Bürohaus Düsseldorf Grafenberg GbR	Troisdorf		39,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
336	Immobilienfonds Köln-Deutz Arena und Mantelbebauung GbR	Troisdorf		28,9		
337	Immobilienfonds Köln-Ossendorf II eG&R	Gelsenkirchen		40,3		
338	Immobilienfonds Wohn- und Geschäftshaus Köln-Blumenberg V GbR	Troisdorf		99,0		
339	Ingrid S.à r.l.	Luxemburg		23,8		
340	Inn Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
341	Intermodal Finance I Ltd.	Georgetown		49,0		
342	Isaac Newton S.à r.l.	Capellen		98,2	0,8	18,9
343	Isar Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
344	ISTRON Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0		
345	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien Gesellschaft mit beschränkter Haftung i.L.	Düsseldorf		23,5		
346	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien GmbH & Co. Kommanditgesellschaft i.L.	Düsseldorf		23,5		
347	Joint Stock Company Deutsche Bank DBU	Kyjiw		100,0	17,9	2,0
348	Jyogashima Godo Kaisha	Tokio		100,0	0,1	9,5
349	KEBA Gesellschaft für interne Services mbH	Frankfurt	1	100,0		
350	Kidson Pte Ltd	Singapur		100,0	18,5	0,7
351	Kinneil Leasing Company	London		35,0		
352	Konsul Inkasso GmbH	Essen	1	100,0		
353	KVD Singapore Pte. Ltd. (in liquidation - members' voluntary winding up)	Singapur		26,0		
354	LA Water Holdings Limited	Georgetown		75,0		
355	LAWL Pte. Ltd.	Singapur		100,0	26,5	1,1
356	Leasing Verwaltungsgesellschaft Waltersdorf mbH	Schönefeld		100,0		
357	Leonardo III Initial GP Limited	London		100,0		
358	LES Essex Crossing Holdings Acquisition LLC	Wilmington		100,0		
359	LES Essex Crossing Parent LLC	Wilmington		100,0		
360	LES Essex Crossing Property Holdings LLC	Wilmington		100,0		
361	Lindsell Finance Limited (in dissolution)	St. Julian's		100,0		
362	London Industrial Leasing Limited	London		100,0		
363	M Cap Finance Mittelstandsfonds GmbH & Co. KG	Frankfurt		77,1	12,2	1,3
364	M Cap Finance Mittelstandsfonds III GmbH & Co. KG	Frankfurt		35,4	39,1	1,8
365	1800 M Chaperone Investor LLC	Wilmington		100,0		
366	MCT Südafrika 3 GmbH & Co. KG i.l.	Hamburg		39,0		
367	MEF I Manager, S. à r.l.	Munsbach		100,0		
368	MorgenFund GmbH	Frankfurt		30,0	133,5	-33,1
369	Motion Picture Productions One GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0		
370	MPP Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0		
371	MT "CAPE BEALE" Tankschiffahrts GmbH & Co. KG i.l.	Hamburg		34,0		
372	MT "KING DANIEL" Tankschiffahrts UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG i.L.	Hamburg		32,8		
373	MT "KING DOUGLAS" Tankschiffahrts UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG i.L.	Hamburg		33,0		
374	Navegator - SGFTC, S.A.	Lissabon		100,0		
375	NCW Holding Inc.	Vancouver		100,0		
376	NEUNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
377	NEUNZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
378	Nexus Infrastruktur Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
379	NOFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
380	norisbank GmbH	Bonn	1	100,0	433,9	0,0
381	North Coast Wind Energy Corp.	Port Moody		50,0		
382	Numis Corporation Limited	London		100,0		
383	Numis Europe Limited	Dublin		100,0	5,7	-3,1
384	Numis Nominees (Client) Limited	London		100,0		
385	Numis Nominees (NSI) Limited	London		100,0		
386	Numis Nominees Limited	London		100,0		
387	Numis Securities Limited	London		100,0		
388	Oder Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
389	OOO "Deutsche Bank TechCentre"	Moskau		100,0		
390	OOO "Deutsche Bank"	Moskau		100,0	295,6	55,5
391	OPB Verwaltungs- und Treuhand GmbH	Köln		100,0		
392	OPB-Oktava GmbH	Köln		100,0		
393	OPPENHEIM Buy Out GmbH & Co. KG i.L.	Köln		27,7		
394	OPPENHEIM Capital Advisory GmbH	Köln		100,0		
395	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0		
396	PADEM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
397	PADUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
398	PALDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
399	Palma Topco Limited	St. Helier		22,8		
400	PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
401	PB Factoring GmbH	Bonn	1	100,0	32,6	0,0
402	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Essen	1	100,0	32,4	0,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
403	PEIF II SLP Feeder 2 LP	Edinburgh		100,0		
404	PEIF III SLP Feeder, SCSp	Senningerberg		57,1		
405	PEIF IV SLP DWS Feeder 2, SCSp	Senningerberg		100,0		
406	PEIF IV SLP DWS Feeder, SCSp	Senningerberg		100,0		
407	PENDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
408	PENTUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
409	PERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
410	PERILLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
411	PERLIT Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
412	PERLU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
413	PERNIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
414	PERXIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
415	PETA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
416	Philippine Opportunities for Growth and Income (SPV-AMC), INC.	Makati Stadt		95,0		
417	Plantation Bay, Inc.	St. Thomas		100,0		
418	PONTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
419	Postbank Direkt GmbH	Bonn	1	100,0	15,9	0,0
420	Postbank Filialvertrieb AG	Bonn	1	100,0	37,1	0,0
421	Postbank Finanzberatung AG	Hamel	1	100,0	85,8	0,0
422	Postbank Leasing GmbH	Bonn	1	100,0		
423	PRADUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
424	PRASEM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
425	PRISON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
426	Private Equity Invest Beteiligungs GmbH	Düsseldorf		50,0		
427	Private Equity Life Sciences Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
428	PT Deutsche Sekuritas Indonesia	Jakarta		99,0		
429	PUDU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
430	QUANTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
431	QUOTAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
432	REDUS DTHG, LLC	Wilmington		49,9		
433	Rhine Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
434	RoPro U.S. Holding, Inc.	Wilmington		100,0	385,7	48,8
435	RREEF America L.L.C.	Wilmington		100,0	276,9	49,9
436	RREEF Core Plus Residential Fund LP	Wilmington		26,9		
437	RREEF DCH, L.L.C.	Wilmington		100,0		
438	RREEF European Value Added I (G.P.) Limited	London		100,0		
439	RREEF Fund Holding LLC	Wilmington		100,0	151,8	5,8
440	RREEF India Advisors Private Limited	Mumbai		100,0		
441	RREEF Management L.L.C.	Wilmington		100,0	-35,1	6,2
442	SABIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
443	SAGITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		100,0		
444	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Beteiligungs GmbH	Köln		100,0	12,8	-1,4
445	SALIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
446	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
447	SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
448	SANDIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
449	SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
450	SAPIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
451	SARIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
452	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
453	Schumacher Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		33,2		
454	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
455	SECHSTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
456	SECHSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
457	SECHZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
458	SEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
459	SEGU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
460	SELEKTA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
461	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
462	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kamenz KG	Düsseldorf		100,0		
463	SERICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
464	SGI SLP Feeder SCSp	Senningerberg		57,6		
465	SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
466	SIEBTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
467	SIEBZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
468	SIFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
469	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
470	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
471	SOLATOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
472	SOLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
473	SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
474	Somkid Immobiliare S.r.l.	Conegliano		100,0		
475	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
476	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
477	SPV I Sociedad Anónima Cerrada	Lima		99,9		
478	SPV II Sociedad Anónima Cerrada	Lima		99,8		
479	SRC Security Research & Consulting GmbH	Bonn		22,5		
480	STAGIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
481	Starpool Finanz GmbH	Berlin		49,9		
482	Stelvio Immobiliare S.r.l.	Bozen		100,0		
483	Sunrise Turnaround Partners G.K.	Tokio		100,0	0,0	2,9
484	SUPERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
485	SUPLION Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
486	SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
487	300 SW Parent LLC	Wilmington		100,0		
488	300 SW Property Holdings LLC	Wilmington		100,0		
489	Swabia 1. Vermögensbesitz-GmbH i.L.	Frankfurt		100,0		
490	Süddeutsche Vermögensverwaltung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0		
491	TABA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
492	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
493	TAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
494	Tagus - Sociedade de Titularização de Creditos, S.A.	Lissabon		100,0		
495	TAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
496	TAKIR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		100,0		
497	TELO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		100,0		
498	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
499	Thai Asset Enforcement and Recovery Asset Management Company Limited	Bangkok		100,0		
500	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
501	TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
502	TRAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
503	Trave Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
504	TREMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin		50,0		
505	TRENTO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
506	Treuinvest Service GmbH	Frankfurt		100,0		
507	TRIPLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
508	Triton Beteiligungs S.à r.l., en liquidation volontaire	Luxemburg		33,1		
509	TYRAS Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
510	U.S.A. ITCF XCI L.P.	New York		99,9		
511	VCJ Lease S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
512	VIERTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
513	VIERTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
514	VIERUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
515	VIERZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
516	Volbroker.com Limited	Rochford		22,5	10,1	1,4
517	VÖB-ZVD Processing GmbH	Bonn	1	100,0	28,6	0,0
518	WEPLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0	181,8	7,8
519	Weser Properties S.à r.l., en faillite clôturée	Luxemburg		25,0		
520	5353 WHMR LLC	Wilmington		100,0		
521	XELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
522	XENTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
523	XERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
524	ZABATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
525	ZARGUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
526	ZEA Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0		
527	ZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
528	zeitinvest-Service GmbH	Frankfurt		25,0		
529	ZENO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
530	ZEREVIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
531	ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
532	Zhong De Securities Co., Ltd	Peking		33,3	132,1	-9,8
533	ZIDES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		50,0		
534	ZIMBEL Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		50,0		
535	ZINUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		50,0		
536	ZIRAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
537	ZITON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
538	ZITUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		50,0		
539	ZONTUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
540	ZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
541	ZWEITE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
542	ZWEITE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
543	ZWÖLFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
544	ZYLUM Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		25,0		
545	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		25,0		

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5% der Stimmrechte überschreitet

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
546	BÜRGSCHAFTSBANK BRANDENBURG GmbH	Potsdam		8,5		
547	Bürgschaftsbank Hamburg GmbH	Hamburg		8,7		
548	Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin		8,4		
549	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH	Dresden		6,3		
550	Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg		8,2		
551	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Kiel		5,6		
552	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt		8,7		
553	Latitude Group Holdings Limited	Melbourne		16,5		
554	MTS S.p.A.	Rom		5,0		
555	Prader Bank S.p.A.	Bozen		9,0		
556	Private Export Funding Corporation	Wilmington		6,0		
557	Saarländische Investitionskreditbank Aktiengesellschaft	Saarbrücken		11,8		
558	Yensai.com Co., Ltd.	Tokio		7,8		

Sonstige Erläuterungen

36 - Patronatserklärung

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Tochtergesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

D B Investments (GB) Limited, London

DB International (Asia) Limited, Singapur

Deutsche Australia Limited, Sydney

DEUTSCHE BANK A.Ş., Istanbul

Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington

Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking

Deutsche Bank Europe GmbH, Frankfurt am Main

Deutsche Bank Luxemburg S.A., Luxemburg

Deutsche Bank (Malaysia) Berhard, Kuala Lumpur

Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna, Warschau

Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo

Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Madrid

Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand

Deutsche Bank (Suisse) SA, Genf

Deutsche Bank Trust Company Americas, New York

Deutsche Holdings (Grand Duchy), Luxemburg

Deutsche Immobilien Leasing GmbH, Düsseldorf

Deutsche Morgan Grenfell Group Limited i. L., London

Deutsche Securities, S.A. de C.V., Casa de Bolsa, Mexiko

Deutsche Securities Inc., Tokio

Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong

Deutsche Securities Saudi Arabia (a closed joint stock company), Riad

norisbank GmbH, Bonn

Joint Stock Company Deutsche Bank DBU, Kiew

OOO "Deutsche Bank", Moskau

Deutsche Oppenheim Family Office AG, Köln

BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln

PB Factoring GmbH, Bonn

37 – Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz

Nachfolgend werden die Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz („PfandBG“) offengelegt. Hierbei handelt es sich um Angaben zu Hypothekendarlehenpfandbriefen und Öffentlichen Pfandbriefen, die zum 31. Dezember 2024 im Bestand der Deutsche Bank AG waren.

Im Umlauf befindliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 3 PfandBG)

Angaben zu im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehenpfandbriefen und dafür verwendete Deckungswerte*

in Mio. €	31.12.2024				
	Nominalwert	Barwert	Risikobarwert - Hochzins- szenario ³	Risikobarwert - Niedrigzins- szenario ³	Risikobarwert - Worst Case Szenario inkl. Währungs- veränderungen ³
Hypothekendarlehenpfandbriefe	12.938,5	12.947,9	11.762,8	14.411,5	11.762,8
Deckungswerte	15.146,3	14.607,9	12.616,9	17.182,9	12.616,9
Deckungswerte gem. § 12 Abs. 1	14.413,3	13.927,7	12.032,3	16.384,0	12.032,3
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2a), 2b)	0	0	0	0	0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0	0	0	0	0
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a) - 3c) ¹	0	0	0	0	0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0	0	0	0	0
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 ²	733,0	680,3	584,6	798,9	584,6
als % der umlaufenden Pfandbriefe	5,7	5,3	5,0	5,5	5,0
Überdeckung	2.207,8	1.660,0	854,1	2.771,4	854,1
als % der umlaufenden Pfandbriefe	17,1	12,8	0	19,2	7,3
gesetzliche Überdeckung	537,9	509,1	451,3	582,4	451,3
vertragliche Überdeckung	0	0	0	0	0
freiwillige Überdeckung	1.669,9	1.150,9	402,8	2.189,0	402,8

* gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 PfandBG

¹ Inkl. Deckungswerte gem. § 4 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2a PfandBG

² Inkl. Deckungswerte gem §4 Abs 1 Satz 3 Nr. 1 PfandBG

³ Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 6 Abs. 2 Nr. 1 PfandBarwertV statischer Ansatz

in Mio. €	31.12.2023				
	Nominalwert	Barwert	Risikobarwert - Hochzins- szenario ³	Risikobarwert - Niedrigzins- szenario ³	Risikobarwert - Worst Case Szenario inkl. Währungs- veränderungen ³
Hypothekendarlehenpfandbriefe	13.725,0	13.545,5	12.165,6	15.263,8	12.165,6
Deckungswerte	16.421,1	15.570,1	13.447,0	18.330,8	13.447,0
Deckungswerte gem. § 12 Abs. 1	15.324,1	14.570,3	12.586,0	17.159,7	12.586,0
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2a), 2b)	0	0	0	0	0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0	0	0	0	0
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a) - 3c) ¹	1.097,0	999,8	861,0	1.171,0	861,0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	8,0	7,4	7,1	7,7	7,1
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 ²	0	0	0	0	0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0	0	0	0	0
Überdeckung	2.696,1	2.024,6	1.281,4	3.067,0	1.281,4
als % der umlaufenden Pfandbriefe	19,6	15,0	10,5	20,1	10,5
gesetzliche Überdeckung	571,7	531,9	468,8	612,7	468,8
vertragliche Überdeckung	0	0	0	0	0
freiwillige Überdeckung	2.124,4	1.492,7	812,6	2.454,3	812,6

* gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 PfandBG

¹ Inkl. Deckungswerte gem. § 4 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2a PfandBG

² Inkl. Deckungswerte gem §4 Abs 1 Satz 3 Nr. 1 PfandBG

³ Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 6 Abs. 2 Nr. 1 PfandBarwertV statischer Ansatz

Die Deckungswerte setzen sich aus Forderungen an Kunden, welche durch Grundpfandrechte besichert sind und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren gemäß PfandBG zusammen.

Angaben zu im Umlauf befindliche Öffentliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte

in Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert ¹	
	31.12. 2024	31.12. 2023	31.12. 2024	31.12. 2023	31.12. 2024	31.12. 2023
Öffentliche Pfandbriefe	90,0	90,0	95,5	95,8	95,5	101,1
Deckungswerte	122,0	119,0	113,9	112,3	113,9	115,8
davon Derivate	0	0	0	0	0	0
Überdeckung	32,0	29,0	18,4	16,5	18,4	14,7
als % der umlaufenden Pfandbriefe	35,6	32,2	19,3	17,2	17,2	14,6
Gesetzliche Überdeckung	3,8	3,9	3,6	3,7	3,6	3,7
Vertragliche Überdeckung	0	0	0	0	0	0
Freiwillige Überdeckung	28,2	25,1	14,8	12,8	14,8	11,0

¹ Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 PfandBG und § 6 Abs. 2 Nr. 1 PfandBarwertV dynamischer Ansatz

Laufzeitstruktur (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 PfandBG)

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen sowie Zinsbindungsfristen der verwendeten Deckungswerte (Nennwert).

Angaben zu Hypothekendarlehen

in Mio. €	Laufzeitstruktur des Umlaufs		Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse	
	31.12. 2024	31.12. 2023	31.12. 2024	31.12. 2023
Laufzeit bis 6 Monate	255,0	1.212,5	577,9	722,0
Laufzeit mehr als 6 Monate bis 12 Monate	557,0	55,0	346,3	459,1
Laufzeit mehr als 12 Monate bis 18 Monate	1.506,0	250,0	311,1	396,0
Laufzeit mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	625,0	557,0	324,2	380,5
Laufzeit mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.848,0	2.131,0	768,2	711,8
Laufzeit mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.532,0	2.348,0	940,7	1.159,3
Laufzeit mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.240,0	1.532,0	1.293,3	1.058,9
Laufzeit mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	2.598,0	3.712,0	5.780,3	6.214,2
Laufzeit mehr als 10 Jahre	1.777,5	1.927,5	4.804,4	5.319,3
Insgesamt	12.938,5	13.725,0	15.146,4	16.421,1

Laufzeitstruktur der im Umlauf öffentlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der verwendeten Deckungswerte (Nennwert).

Angaben zu Öffentlichen Pfandbriefen

in Mio. €	Deckungswerte		Öffentliche Pfandbriefe	
	31.12. 2024	31.12. 2023	31.12. 2024	31.12. 2023
Laufzeit bis 6 Monate	0	0	10,0	0
Laufzeit mehr als 6 Monate bis 12 Monate	58,5	37,0	40,0	0
Laufzeit mehr als 12 Monate bis 18 Monate	0	0	0	10,0
Laufzeit mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	0	58,5	0	40,0
Laufzeit mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	8,5	0	0	0
Laufzeit mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	0	8,5	0	0
Laufzeit mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	0	0	0	0
Laufzeit mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	55,0	15,0	40,0	40,0
Laufzeit mehr als 10 Jahre	0	0	0	0
Insgesamt	122,0	119,0	90,0	90,0

Laufzeitstruktur mit Fälligkeitsverschiebung von 12 Monaten (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 PfandBG)

Angaben zu Hypothekendarlehen

in Mio. €	Fälligkeitsverschiebung (12 Monate)	
	31.12. 2024	31.12. 2023
Laufzeit bis 6 Monate	0	0
Laufzeit mehr als 6 Monate bis 12 Monate	0	0
Laufzeit mehr als 12 Monate bis 18 Monate	255,0	1.212,5
Laufzeit mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	557,0	55,0
Laufzeit mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.131,0	807,0
Laufzeit mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	2.848,0	2.131,0
Laufzeit mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.532,0	2.348,0
Laufzeit mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	3.682,0	4.569,0
Laufzeit mehr als 10 Jahre	1.933,5	2.602,5
Insgesamt	12.938,5	13.725,0

Angaben zu Öffentlichen Pfandbriefen

in Mio. €	Fälligkeitsverschiebung (12 Monate)	
	31.12. 2024	31.12. 2023
Laufzeit bis 6 Monate	0	0
Laufzeit mehr als 6 Monate bis 12 Monate	0	0
Laufzeit mehr als 12 Monate bis 18 Monate	10,0	0
Laufzeit mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	40,0	0
Laufzeit mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	0	50,0
Laufzeit mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	0	0
Laufzeit mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	0	0
Laufzeit mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	40,0	40,0
Laufzeit mehr als 10 Jahre	0	0
Insgesamt	90,0	90,0

Anteil der Derivategeschäfte im Deckungsstockvolumen (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2024 sowie zum 31. Dezember 2023 befanden sich keine Derivate in der Deckungsmasse.

Deckungswerte nach Größenklassen (§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG)

Die im Gesamtbetrag von 14,4 Mrd. € (2023: 15,3 Mrd. €) enthaltenen einzelnen Deckungswerte mit einem Nominalwert von weniger als 0,3 Mio. € beliefen sich auf 11,5 Mrd. € (2023: 12,3 Mrd. €), die mit einem Nominalwert zwischen 0,3 Mio. € und 1 Mio. € beliefen sich auf 2,3 Mrd. € (2023: 2,4 Mrd. €), die mit einem Nominalwert zwischen 1 Mio. € und 10 Mio. € beliefen sich auf 604 Mio. € (2023: 690 Mio. €) und die mit einem Nominalwert von mehr als 10 Mio. € auf 0 Mio. € (2023: 0 Mio. €).

Weitere Deckungswerte für Öffentliche Pfandbriefe nach Ländern/Registrierstaaten (§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9, 11 und 12 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2024 und zum 31. Dezember 2023 gab es keine weiteren Deckungswerte für Öffentliche Pfandbriefe.

Zur Deckung für Hypothekendarfbriefe verwendete Forderungen nach Staaten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, und nach Nutzungsart (§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und 1c PfandBG)

Hypothekendarfbriefe

31.12.2024	Wohnwirtschaftlich					Gewerblich						
	Wohnungen	Einfamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser	Sonstige	Insgesamt	Bürogebäude	Handelsgebäude	Industriegebäude	Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	Insgesamt	Bauplätze	Insgesamt
in Mio. €												
Bundesrepublik Deutschland	3.169,6	8.087,9	2.279,8	0	13.537,2	458,6	131,8	126,1	159,5	876,2	0	14.413,4
Insgesamt	3.169,6	8.087,9	2.279,8	0	13.537,2	458,6	131,8	126,1	159,5	876,2	0	14.413,4

31.12.2023	Wohnwirtschaftlich					Gewerblich						
	Wohnungen	Einfamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser	Sonstige	Insgesamt	Bürogebäude	Handelsgebäude	Industriegebäude	Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	Insgesamt	Bauplätze	Insgesamt
in Mio. €												
Bundesrepublik Deutschland	3.239,7	8.642,4	2.491,0	0	14.373,1	497,1	142,8	133,2	177,9	951,0	0	15.324,1
Insgesamt	3.239,7	8.642,4	2.491,0	0	14.373,1	497,1	142,8	133,2	177,9	951,0	0	15.324,1

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf Hypothekendarforderungen (§ 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2024 und zum 31. Dezember 2023 gab es keine mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen, die zur Deckung von Hypothekendarfbriefen verwendet wurden.

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen (§ 28 Abs. 3 Satz 3 Nr. 3 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2024 und zum 31. Dezember 2023 gab es keine mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen, die zur Deckung von Öffentlichen Darfbriefen verwendet wurden.

Weitere Angaben zu Hypothekendarforderungen (§ 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG)

Zum Jahresende 2024 sowie 2023 gab es keine anhängigen Zwangsversteigerungen. In den Geschäftsjahren 2024 und 2023 wurden keine Zwangsversteigerungen durchgeführt und keine Grundstücke zur Verhütung von Verlusten übernommen. Ferner wurden keine Rückstände auf zu leistende Zinsen für zur Deckung herangezogene Forderungen verzeichnet.

Kennzahlen zur Liquidität (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 PfandBG)

Hypothekendarfandbriefe

in € (sofern nicht anders angegeben)	31.12. 2024	31.12. 2023
Größte sich innerhalb der nächsten Tage ergebende negative Summe im Sinne des § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG ¹	(218.073.437)	(982.692.414)
Gesamtbetrag der Deckungswerte, welche die Anforderungen von § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG erfüllen (Liquiditätsdeckung)	733.000.000	1.097.000.000
		0

¹ Die größte negative Summe ergibt sich für 2024 am 30.01.2025 (2023: am 29.04.2024)

Öffentliche Pfandbriefe

in € (sofern nicht anders angegeben)	31.12. 2024	31.12. 2023
Größte sich innerhalb der nächsten Tage ergebende negative Summe im Sinne des § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG ¹	(1.950.750)	(1.950.750)
Gesamtbetrag der Deckungswerte, welche die Anforderungen von § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG erfüllen (Liquiditätsdeckung)	8.500.000	8.500.000

¹ Die größte negative Summe ergibt sich für 2024 am 14.04.2025 (2023: am 12.04.2024)

Zinsstruktur (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)

Angaben zu Hypothekendarfandbriefen

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Nennwert	
	31.12. 2024	31.12. 2023
Festverzinsliche Hypothekendarfandbriefe	11.459	12.745
Als % der umlaufenden Pfandbriefe	89	93
Festverzinsliche Deckungswerte	15.067	16.346
Als % der Deckungswerte	99	100

Nettobarwert je Währung (§ 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2024 und zum 31. Dezember 2023 gab es keine Wahrungspositionen, die zur Deckung von Hypothekendarfandbriefen verwendet wurden.

Kennzahlen (§ 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, § 28 Abs. 2 Nr. 4, § 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG)

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	31.12. 2024	31.12. 2023
durchschnittlicher, anhand des Beleihungswertes gewichteter Beleihungsauslauf (in %) ¹	54	54
Volumengewichteter Durchschnitt der seit der Hypothekendarfandbriefvergabe verstrichenen Laufzeit in Jahren ²	6	6
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen des § 13 (1) berschreiten (Länder ohne Befriedigungsvorrecht) ³	0	0
Gesamtbetrag der Werte nach § 19 Abs. 1, die die Grenzen nach § 19 Abs. 1 Satz 7 berschreiten ³	0	0

¹ Gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 PfandBG

² Gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 PfandBG

³ Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 PfandBG

Zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Größengruppen (Nennwert) (§ 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG)

in Mio. €	31.12. 2024	31.12. 2023
bis einschließlich 10 Mio. €	0,0	0,0
mehr als 10 Mio. € bis zu 100 Mio. €	113,50	110,50
mehr als 100 Mio. €	0,0	0,0
Summe	113,50	110,50

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach der Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitz (Staat) (§ 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG)

in Mio. €	31.12.2024		31.12.2023	
	geschuldet	gewährleistet	geschuldet	gewährleistet
Deutschland				
Staat	0	0	0	0
Regionale Gebietskörperschaft	0	0	37,0	0
Örtliche Gebietskörperschaft	0	0	0	0
Sonstige Schuldner	0	0	0	0
Summe Deutschland	0	0	37,0	0
Gewährleistet bzw. Gewährleistungen aus Gründen der Exportförderung	0	0	0	0
Niederlande				
Staat	113,5	0	73,5	0
Regionale Gebietskörperschaft	0	0	0	0
Örtliche Gebietskörperschaft	0	0	0	0
Sonstige Schuldner	0	0	0	0
Summe Niederlande	113,5	0	73,5	0
Gewährleistet bzw. Gewährleistungen aus Gründen der Exportförderung	0	0	0	0
Teilsumme geschuldet / gewährleistet	0	0	0	0
Gesamtsumme	113,5	0	110,5	0

Kennzahlen zu umlaufenden Öffentlichen Pfandbriefen und den dafür verwendeten Deckungswerten (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 13 und 14 PfandBG)

in Mio. €	31.12.2024	31.12.2023
Zinsstruktur		
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe (in %)	100,00	100,00
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse (in %)	100,00	100,00
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio. €	0,0	0,0

38 – Angaben nach § 160 Absatz 1 Nr. 8 AktG

Zum 31. Dezember 2024 waren der Deutschen Bank folgende Aktionäre, die gemäß § 33 Wertpapierhandelsgesetz einen Stimmrechtsanteil von mindestens 3% halten, bekannt:

BlackRock, Inc., Wilmington, DE, meldete am 1. Oktober 2024 einen Bestand von 6,005% Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2024 hat die Deutsche Bank keine weiteren Meldungen der BlackRock, Inc., Wilmington, DE, erhalten.

Paramount Services Holdings Ltd. S.Ä.R.L., British Virgin Islands, meldete am 25. Januar 2023 einen Bestand von 4,54% Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2024 hat die Deutsche Bank keine weiteren Meldungen der Paramount Services Holdings Ltd. S.Ä.R.L., British Virgin Islands, erhalten.

Supreme Universal Holdings Ltd., Cayman Islands, meldete am 20. August 2015 einen Bestand von 3,05% Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2024 hat die Deutsche Bank keine weiteren Meldungen der Supreme Universal Holdings Ltd., Cayman Islands, erhalten.

The Capital Group Companies, Inc., Los Angeles, CA, meldete am 10. April 2024 einen Bestand von 3,04% Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2024 hat die Deutsche Bank keine weiteren Meldungen der The Capital Group Companies, Inc., Los Angeles, CA, erhalten.

39 – Vorstand und Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2024 für ihre Vorstandstätigkeit Gesamtbezüge in Höhe von 50.394.830 € (2023: 55.004.064 €). Für das Jahr 2024 wurden den Mitgliedern des Vorstands insgesamt 1.683.651 Aktien (2023: 1.622.508 Aktien) gewährt bzw. pro forma in Aussicht gestellt. Deren Gegenwert, ermittelt zum relevanten Kurs von 20,011 € je Aktie (2023: 12,20 €), belief sich auf insgesamt 33.691.540 € (2023: 19.794.598 €). Darin sind erstmals 392.848 virtuelle Aktien enthalten, die vorwiegend in bar vergütet werden im Gegenwert von 7.861.281 €, sowie 1.281.418 pro forma in Aussicht gestellte Aktienanrechte im Gegenwert von 25.642.455 €. Diese Anrechte werden erst am Ende des Performancezeitraumes 2024 – 2026 final bestimmt und rechtlich im Jahr 2027 gewährt. Für zusätzliche Informationen verweisen wir auf den Vergütungsbericht im Geschäftsbericht des Konzerns.

An frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene wurden im Jahr 2024 35.841.194 € (2023: 26.222.817 €) gezahlt. Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betragen am 31. Dezember 2024 insgesamt 162.536.491 € (2023: 182.659.862 €).

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 14 der Satzung der Deutsche Bank AG geregelt. Neue Vergütungsregelungen wurden zuletzt durch die Hauptversammlung am 17. Mai 2023 beschlossen. Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats in 2024 betrug 7.775.000 € (2023: 7.404.172 €). Nach ihrem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrats erhalten dessen Mitglieder keine weiteren Leistungen.

Am 31. Dezember 2024 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 52.119 € (2023: 28.429 €) und für Aufsichtsratsmitglieder auf 1.256.722 € (2023: 638.839 €). Vorstandsmitglieder zahlten in 2024 keine Kredite zurück (2023: 196.810 €) und Aufsichtsratsmitglieder zahlten in 2024 Kredite in Höhe von 67.238 € zurück (2023: 62.058 €). Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats erfolgen zu Marktkonditionen und -bedingungen oder werden gegebenenfalls nach Maßgabe der allgemein für Mitarbeiter der Bank geltenden Programme gewährt oder durchgeführt.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 51 bis 52 aufgeführt.

40 – Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 36.815 (2023: 36.285), davon 15.866 Mitarbeiterinnen (2023: 15.481). Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Bei den Auslandsfilialen waren im Durchschnitt 13.309 (2023: 13.384) Mitarbeiter tätig.

41 – Corporate Governance

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG haben im Oktober 2024 die Erklärung nach § 161 AktG zum Deutschen Corporate Kodex abgegeben und auf der Homepage der Deutsche Bank AG (www.db.com/ir/de/dokumente.htm) dauerhaft zugänglich gemacht.

42 – Zusätzlich erbrachte Leistungen des Abschlussprüfers

Die Deutsche Bank AG und ihre nachgeordneten Unternehmen haben bestimmte prüfungsnahе Dienstleistungen und steuerliche Beratungsleistungen vom Abschlussprüfer der Deutsche Bank AG, der EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft („EY“), erhalten.

Die Prüfungshonorare beinhalten Honorare im Zusammenhang mit der gesetzlichen Einzelabschlussprüfung und Konzernabschlussprüfung der Deutsche Bank AG und beinhalten nicht die Prüfungshonorare für die DWS und deren konsolidierte Gesellschaften, die nicht von EY geprüft werden. Die Honorare für prüfungsnahе Dienstleistungen enthalten Honorare für gesetzlich oder durch Rechtsverordnung geforderte andere Bestätigungsleistungen, insbesondere für Gutachten für bestimmte Finanzdienstleistungen, für die prüferische Durchsicht von Zwischenabschlüssen, für Verschmelzungsprüfungen und für Spaltungsprüfungen, sowie Honorare für freiwillige Bestätigungsleistungen, wie freiwillige Prüfungen für interne Managementzwecke und die Erteilung von Comfort Letter. Die Honorare für Steuerberatung inklusive Dienstleistungshonoraren enthalten Honorare für Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Erstellung der Steuererklärung sowie für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Initiativen für die Steuerplanung und Unterstützung bei der Bewertung der Einhaltung der steuerlichen Regelungen.

Informationen über an den Abschlussprüfer der Deutsche Bank AG bezahlte Honorare sind im Konzernabschluss dargestellt.

43 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag gab es keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Bank hatten.

Organe

Vorstand

Im Geschäftsjahr 2024 gehörten dem Vorstand folgende Mitglieder an:

Christian Sewing
Vorstandsvorsitzender

James von Moltke
Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Fabrizio Campelli

Bernd Leukert
Alexander von zur Mühlen

Laura Padovani
(seit 1. Juli 2024)

Claudio de Sanctis

Rebecca Short

Prof. Dr. Stefan Simon

Olivier Vigneron

Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2024 gehörten dem Aufsichtsrat folgende Mitglieder an.
Darüber hinaus ist bei den Aufsichtsratsmitgliedern der Wohnort angegeben.

Alexander Wynaendts
- Vorsitzender

Den Haag
Niederlande

Frank Schulze*
- Stellvertretender Vorsitzender

Hanau
Deutschland

Prof. Dr. Norbert Winkeljohann
- Stellvertretender Vorsitzender

Osnabrück
Deutschland

Susanne Bleidt*
Bell
Deutschland

Mayree Clark
New Canaan
USA

Jan Duscheck*
Berlin
Deutschland

Manja Eifert*
Berlin
Deutschland

Claudia Fieber*
Berlin
Deutschland

Sigmar Gabriel
Goslar
Deutschland

Florian Haggemiller*
- seit 16. Januar 2024

Kempten (Allgäu)
Deutschland

Timo Heider*
Emmerthal
Deutschland

Birgit Laumen*
- bis 12. Januar 2024

Alfter
Deutschland

Gerlinde M. Siebert*
Frankfurt am Main
Deutschland

Yngve Slyngstad
Oslo
Norwegen

Stephan Szukalski*
Ober-Mörlen
Deutschland

John Alexander Thain
Rye
USA

Jürgen Tögel*
Horgau
Deutschland

Michele Trogni
Riverside
USA

Dr. Dagmar Valcárcel
Madrid
Spanien

Dr. Theodor Weimer
Wiesbaden
Deutschland

Frank Witter
Braunschweig
Deutschland

*Arbeitnehmersvertreter

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Präsidialausschuss

Alexander Wynaendts, Vorsitzender
Timo Heider*, Frank Schulze*, Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Nominierungsausschuss

Alexander Wynaendts, Vorsitzender
Mayree Clark, Timo Heider*, Frank Schulze*, Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Prüfungsausschuss

Frank Witter, Vorsitzender
Susanne Bleidt*, Manja Eifert*, Claudia Fieber* (seit 31. Januar 2024), Birgit Laumen* (bis 12. Januar 2024),
Gerlinde M. Siebert*, Dr. Dagmar Valcárcel, Dr. Theodor Weimer, Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Risikoausschuss

Mayree Clark, Vorsitzende
Jan Duscheck*, Gerlinde M. Siebert*, Stephan Szukalski*, Michele Trogni, Prof. Dr. Norbert Winkeljohann,
Alexander Wynaendts

Regulatory Oversight Ausschuss

Dr. Dagmar Valcárcel, Vorsitzende
Jan Duscheck*, Sigmar Gabriel, Timo Heider*, Stephan Szukalski*, Alexander Wynaendts

Vergütungskontrollausschuss

Prof. Dr. Norbert Winkeljohann, Vorsitzender
Jan Duscheck*, Timo Heider*, Jürgen Tögel*, Dr. Dagmar Valcárcel, Alexander Wynaendts

Strategie- und Nachhaltigkeitsausschuss

John Alexander Thain, Vorsitzender
Mayree Clark, Claudia Fieber*, Florian Haggenmiller* (seit 31. Januar 2024), Birgit Laumen* (bis 12. Januar 2024),
Frank Schulze*, Jürgen Tögel*, Michele Trogni, Alexander Wynaendts

Technologie, Daten und Innovationsausschuss

Michele Trogni, Vorsitzende
Susanne Bleidt*, Manja Eifert*, Claudia Fieber* (bis 31. Januar 2024), Florian Haggenmiller* (seit 31. Januar
2024), Yngve Slyngstad, Alexander Wynaendts

Vermittlungsausschuss

Alexander Wynaendts, Vorsitzender
Timo Heider*, Frank Schulze*, Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

*Arbeitnehmersvertreter

Verzeichnis der Mandate

Aufsichtsrat

Mandate nach § 285 Nr. 10 HGB i.V.m. § 125 Abs. 1 S. 5 AktG

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten sowie in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen. Unterjährige Veränderungen sind jeweils mit Ein- und/oder Austrittsdatum vermerkt.

Stand: Februar 2025

Bei früher ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern Zeitpunkt des jeweiligen Ausscheidens. Bei neu eingetretenen Aufsichtsratsmitgliedern Zeitpunkt ab Eintritt.

Mitglieder des Aufsichtsrats

Mandatsinhaber	Ausgeübter Beruf	Mandatsunternehmen	Mandat
Alexander Wynaendts	Vorsitzender des Aufsichtsrats, Deutsche Bank AG	Externe Mandate	
		Air France-KLM Group S.A.	Member of the Board of Directors
		Puissance Holding B.V.	Non-Executive Director, Chairman
		Uber Payments B.V.	Non-Executive Director, Chairman
		Uber Technologies, Inc.	Member of the Board of Directors
Susanne Bleidt	Betriebsratsmitglied	Externe Mandate	
		Postbeamtenkrankenkasse	Mitglied des Verwaltungsrats
		Konzerninterne Mandate	
Mayree Clark	Aufsichtsratsmitglied	Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats
		Externe Mandate	
		Ally Financial, Inc.	Member of the Board of Directors
Jan Duscheck	Leiter der Bundesfachgruppe Bank- gewerbe, Vereinte Dienstleistungs- gewerkschaft (ver.di)	Allvue Systems Holdings, Inc.	Member of the Board of Directors
		Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Manja Eifert	Betriebsratsmitglied	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Claudia Fieber	Betriebsratsmitglied	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Sigmar Gabriel	Bundesminister a. D.	Externe Mandate	
		Heristo AG	Mitglied des Aufsichtsrats
		Siemens Energy AG	Mitglied des Aufsichtsrats
		Siemens Energy Management GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
		ThyssenKrupp Steel Europe AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis September 2024)
Florian Haggenmiller	Leiter der Bundesfachgruppe Informations- und Kommunikations- technologie (IKT), Vereinte Dienst- leistungsgewerkschaft (ver.di)	Externe Mandate	
		IBM Deutschland GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
		IBM Central Holding GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Timo Heider	Betriebsratsmitglied	Konzerninterne Mandate	
		BHW Bausparkasse AG	Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
		PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Pensionskasse der BHW	Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Bausparkasse VVaG	
Frank Schulze	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG, Betriebsratsmitglied	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Gerlinde M. Siebert	Global Head of Governance, Deutsche Bank AG	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Yngve Slyngstad	Chief Executive Officer, Aker Asset Management AS	Keine zu veröffentlichenden Mandate	

Stephan Szukalski	Bundesvorsitzender, Deutscher Bankangestellten-Verband e.V. (DBV) – Gewerkschaft der Finanzdienstleister	Konzerninterne Mandate	
		PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Mitglied des Aufsichtsrats (bis August 2024)
John Alexander Thain	Aufsichtsratsmitglied	Externe Mandate	
		Aperture Investors LLC	Member of the Board of Directors
		Pine Island Capital Partners LLC	Chairman
Jürgen Tögel	Betriebsratsmitglied	Externe Mandate	
		Uber Technologies, Inc.	Member of the Board of Directors
		BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.	Mitglied des Aufsichtsrats
		BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.	Mitglied des Aufsichtsrats
		Konzerninterne Mandate	
BKK Deutsche Bank AG	Mitglied des Verwaltungsrats		
Michele Trogni	Chief Executive Officer, Zinnia Corporate Holdings, LLC; Operating Partner, Eldridge (bis März 2024)	Externe Mandate	
		Everly Life, LLC	Mitglied des Non-Executive Boards
		Zinnia Corporate Holdings, LLC	Chairperson of the Board of Directors
Dr. Dagmar Valcárcel	Aufsichtsratsmitglied	Externe Mandate	
		amedes Holding GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
		Antin Infrastructure Partners S.A.	Member of the Board of Directors
Dr. Theodor Weimer	Aufsichtsratsmitglied; Vorsitzender des Vorstands (bis September 2024), Co-Vorsitzender des Vorstands (von Oktober bis Dezember 2024), Deutsche Börse AG	Externe Mandate	
		Knorr Bremse AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Professor Dr. Norbert Winkeljohann	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG; Selbständiger Unternehmensberater, Norbert Winkeljohann Advisory & Investments	Externe Mandate	
		Bayer AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Bohnenkamp AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Georgsmarienhütte Holding GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
		Sievert SE	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Frank Witter	Aufsichtsratsmitglied	Externe Mandate	
		CGI Inc.	Member of the Board of Directors
		Traton SE	Mitglied des Aufsichtsrats
		VfL Wolfsburg-Fußball GmbH	Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis Juli 2024)

Vorstand

Mandate nach § 285 Nr. 10 HGB i.V.m. § 125 Abs. 1 S. 5 AktG

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten sowie in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen. Unterjährige Veränderungen sind jeweils mit Ein- und/oder Austrittsdatum vermerkt.

Mitgliedschaften in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften im In- und Ausland nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB sind mit * gekennzeichnet.

Stand: Februar 2025

Bei früher ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Zeitpunkt des jeweiligen Ausscheidens. Bei neu eingetretenen Vorstandsmitgliedern Zeitpunkt ab Eintritt.

Mitglieder des Vorstands			
Mandatsinhaber	Ausgeübter Beruf	Mandatsunternehmen	Mandate
Christian Sewing	Vorstandsvorsitzender	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
James von Moltke	Stellvertretender Vorstandsvorsitzender	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Fabrizio Campelli	Mitglied des Vorstands	Externe Mandate	
		BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.*	Mitglied des Aufsichtsrats (bis Juni 2024)
		BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.	Mitglied des Aufsichtsrats (bis Juni 2024)
Bernd Leukert	Mitglied des Vorstands	Externe Mandate	
		Bertelsmann SE & Co.KGaA*	Mitglied des Aufsichtsrats
		Konzerninterne Mandate	
		DWS Group GmbH & Co. KGaA*	Mitglied des Aufsichtsrats (bis Juni 2024)
Alexander von zur Mühlen	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Laura Padovani (seit 1. Juli 2024)	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Claudio de Sanctis	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Rebecca Short	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Professor Dr. Stefan Simon	Mitglied des Vorstands	Externe Mandate	
		Leop. Krawinkel GmbH & Co. KG	Vorsitzender des Beirats
		The Clearing House Payments Company LLC	Member of the Supervisory Board
Olivier Vigneron	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	

Mitarbeiter der Deutsche Bank AG

Mandate nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Mitgliedschaften in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften im In- und Ausland.
Stand: 31. Dezember 2024.

Mitarbeiter der Deutsche Bank AG		
Mandatsinhaber	Mandatsunternehmen	Mandat
Martin Ball	Konzerninterne Mandate DWS Grundbesitz GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Ina Bandemer	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Mitglied des Aufsichtsrats
Manuel Beermann	Konzerninterne Mandate PCC Services GmbH der Deutschen Bank Postbank Finanzberatung AG	Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats
Sigrid Bowenkamp	Konzerninterne Mandate BHW Bausparkasse AG PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats
Rüdiger Bronn	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Chairman of the Supervisory Board
Matthias Buck	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Società per Azioni	Member of the Supervisory Board
Dr. Volker B�ttner	Konzerninterne Mandate Postbank Direkt GmbH	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Boudewijn Dornseiffen	Konzerninterne Mandate OOO „Deutsche Bank“	Member of the Supervisory Board
Tanja Engelbrecht	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
Sameen Farooqui	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank A.S.	Member of the Board of Directors
David Feldmann	Externe Mandate Eurex Clearing AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Jan-Philipp Gillmann	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank, Sociedad An�nima Espa�ola	Member of the Supervisory Board
Ramesh Gopal	Konzerninterne Mandate OOO „Deutsche Bank“	Member of the Supervisory Board
Carola Günther	Externe Mandate BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.	Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats
Sandra Heinrich	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Dominik Hennen	Konzerninterne Mandate BHW Bausparkasse AG Postbank Filialvertrieb AG Postbank Finanzberatung AG	Mitglied des Aufsichtsrats Vorsitzender des Aufsichtsrats Vorsitzender des Aufsichtsrats
Britta Hercher	Externe Mandate Bankpower GmbH Personaldienstleistungen	Mitglied des Aufsichtsrats
Jutta Herzog	Konzerninterne Mandate Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Jennifer Hörl	Konzerninterne Mandate Postbank Finanzberatung AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Marissa Horvatin	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Società per Azioni	Member of the Supervisory Board
Borislav Ivanov	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna OOO „Deutsche Bank“	Mitglied des Aufsichtsrats Member of the Supervisory Board
Salah Jaidah	Externe Mandate Al Mahar Holding TechnoQ	Non-Executive Board Member Non-Executive Director
Atul Jain	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank A.S.	Member of the Board of Directors

Anke Kirn	Konzerninterne Mandate Betriebs-Center für Banken AG PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats
Achim Kuhn	Konzerninterne Mandate BHW Bausparkasse AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Ralf Leiber	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Società per Azioni	Member of the Supervisory Board
Anna Lucarelli	Externe Mandate MTS Spa Mercato Telematico dei Titoli di Stato	Non-Executive Director
Chandra Mallika	Konzerninterne Mandate Deutsche India Private Limited	Member of the Board of Directors
Bas Marteiijn	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
Ole Matthiessen	Externe Mandate S.W.I.F.T. SC	Member of the Board of Directors
	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank (China) Co., Ltd	Member of the Board of Directors
Christian Nolting	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española	Non-Executive Director
Patrick O-Connell	Konzerninterne Mandate DB International (Asia) Limited	Member of the Board of Directors
Kirsten Oppenländer	Konzerninterne Mandate Betriebs-Center für Banken AG PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Vorsitzende des Aufsichtsrats Vorsitzende des Aufsichtsrats
Dr. Gerald Podobnik	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Luxembourg S.A. Numis Corporation Limited Numis Securities Limited	Member of the Supervisory Board Non-Executive Director Non-Executive Director
Beaux Pontak	Externe Mandate Latitude Group Holdings Limited	Member of the Board of Directors
Sandra Primiero	Externe Mandate AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH	Stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats
Barbara Roerig	Externe Mandate AGR Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet mbH Theater + Philharmonie Essen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats Vorsitzende des Aufsichtsrats
Dr. Friederike Rotsch	Externe Mandate SAP SE	Member of the Supervisory Board
Karsten Rusch	Externe Mandate Postbank SICAV	Mitglied des Verwaltungsrats
Roland Sahr	Externe Mandate Investitionsbank Sachsen-Anhalt Anstalt des öffentlichen Rechts (vormals Investitionsbank Sachsen-Anhalt – Anstalt der Norddeutschen Landesbank Girozentrale)	Mitglied des Verwaltungsrats
Nicole Scheidt	Konzerninterne Mandate Betriebs-Center für Banken AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Tatjana Schierack	Konzerninterne Mandate BHW Bausparkasse AG Postbank Direkt GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats
Rainer Schmitt	Konzerninterne Mandate Betriebs-Center für Banken AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Andrea Schriber	Konzerninterne Mandate Deutsche India Private Limited	Member of the Board of Directors
Kaushik Shaparia	Konzerninterne Mandate Deutsche India Private Limited	Member of the Board of Directors
Jaishankar Srinivasan	Konzerninterne Mandate DWS Investments Singapore Limited	Member of the Board of Directors
Thomas Stahl	Konzerninterne Mandate OOO "Deutsche Bank"	Member of the Supervisory Board
Fabian Steinhoff	Konzerninterne Mandate Betriebs-Center für Banken AG Postbank Direkt GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats
Volker Steuer	Externe Mandate BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.	Member of the Supervisory Board
	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Jana Symmossek	Konzerninterne Mandate Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats

Dr. Meike Webler	Konzerninterne Mandate Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Daniela Weeth	Konzerninterne Mandate BHW Bausparkasse AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Jan Dirk Wiede	Konzerninterne Mandate Betriebs-Center für Banken AG PCC Services GmbH der Deutschen Bank Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats
Juliane Zimbehl	Konzerninterne Mandate Postbank Direkt GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats

Frankfurt am Main, den 6. März 2025

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Christian Sewing



James von Moltke



Fabrizio Campelli



Bernd Leukert



Alexander von zur Mühlen



Laura Padovani



Claudio de Sanctis



Rebecca Short



Stefan Simon



Olivier Vigneron

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss der Deutsche Bank AG ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG vermittelt und im Lagebericht der Deutsche Bank AG, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, der Geschäftsverlauf einschließlich der Geschäftsergebnisse und die Lage der Deutsche Bank AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Deutsche Bank AG beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 6. März 2025



Christian Sewing



James von Moltke



Fabrizio Campelli



Bernd Leukert



Alexander von zur Mühlen



Laura Padovani



Claudio de Sanctis



Rebecca Short



Stefan Simon



Olivier Vigneron

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (die, einschließlich ihrer unselbständigen Niederlassungen, den Konzern, wie in ISA [DE] 600 (Revised) definiert, umfasst), – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, der mit den Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 geprüft. Den im Abschnitt "Grundsätze des Risikomanagements (Kapitel "Risikobericht")" des Lageberichts enthaltenen letzten Absatz zur Stellungnahme des Vorstands zum Risikomanagementrahmenwerk und internen Kontrollsystem sowie die auf der im Lagebericht angegebenen Internetseite veröffentlichte zusammengefasste Erklärung zur Unternehmensführung gemäß §§ 289f und 315d HGB, die Bestandteil des Lageberichts ist, und den Inhalt der nichtfinanziellen Erklärung nach §§ 289b und 315d HGB im Abschnitt "Nachhaltigkeitserklärung" des Konzernlageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Wir geben kein Prüfungsurteil zu den oben genannten im Abschnitt "Grundsätze des Risikomanagements (Kapitel "Risikobericht")" des Lageberichts enthaltenen letzten Absatz zur Stellungnahme des Vorstands zum Risikomanagementrahmenwerk und internen Kontrollsystem und zu dem Inhalt der oben genannten zusammengefassten Erklärung zur Unternehmensführung und der oben genannten nichtfinanziellen Erklärung ab.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchstabe f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsdienstleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Bewertung von Finanzinstrumenten mit nicht in einem aktiven Markt beobachtbaren Eingangsparametern

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Das Management verwendet Bewertungsverfahren zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten mit nicht in einem aktiven Markt beobachtbaren Eingangsparametern. Zum 31. Dezember 2024 weist die Bank Handelsaktiva in Höhe von EUR 301.057 Mio. und Handelspassiva in Höhe von EUR 216.798 Mio. aus. In diesen sind auch Finanzinstrumente enthalten, deren Bewertung auf nicht in einem aktiven Markt beobachtbaren Parametern basiert.

Zu den betreffenden Finanzinstrumenten mit nicht in einem aktiven Markt beobachtbaren Eingangsparametern zählen insbesondere strukturierte Derivate, die anhand komplexer Modelle bewertet werden, komplexere oder illiquide OTC-Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Kredite, einschließlich solcher im Bereich Commercial Real Estate, für die Ermittlung von Bewertungsanpassungen verwendete Credit Spreads sowie weitere wesentliche Eingangsparameter, die sich vor allem bei Finanzinstrumenten mit längeren Laufzeiten nicht beobachten lassen.

Da die Bewertung von Finanzinstrumenten mit nicht in einem Markt beobachtbaren Eingangsparametern aufgrund der hohen Komplexität der angewandten Bewertungsverfahren und -modelle in hohem Maße von Annahmen und Ermessensentscheidungen des Managements abhängig ist, haben wir diesen Sachverhalt als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns ein Verständnis über die vom Management angewandten Prozesse zur Beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten mit nicht in einem aktiven Markt beobachtbaren wesentlichen Eingangsparametern verschafft. Dazu zählt die Beurteilung der Angemessenheit und Wirksamkeit der diesbezüglich implementierten Kontrollen. Dies betraf insbesondere die Kontrollen im Rahmen der unabhängigen Preisverifizierung, der unabhängigen Validierung von Bewertungsmodellen, einschließlich der Beurteilung von Modellbeschränkungen, der Überwachung der Verwendung von Bewertungsmodelle und der Berechnung von Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts.

Wir haben die Bewertungsverfahren, -modelle und -methoden beurteilt und die wesentlichen Eingangsparameter, die in den Modellen verwendet wurden, nachvollzogen. Wir haben unter Verwendung eigener Modelle und Eingangsparameter eine unabhängige Bewertung einer Stichprobe von zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Derivaten und sonstigen Finanzinstrumenten mit nicht in einem aktiven Markt beobachtbaren Parametern vorgenommen. Darüber hinaus erfolgte auf Stichprobenbasis eine unabhängige Beurteilung der Angemessenheit von verwendeten Schätzparametern durch einen Abgleich mit Marktdaten sowie die Beurteilung der Relevanz der verwendeten Schätzparameter für die zugehörigen Finanzinstrumente.

Weiterhin haben wir die vom Management zur Ermittlung der Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts verwendeten Methoden und Eingangsparameter auf Basis der Anforderungen des § 340e HGB beurteilt. Für stichprobenhaft ausgewählte Bewertungsanpassungen haben wir unter Verwendung unserer eigenen unabhängigen Daten und Methoden Nachberechnungen durchgeführt.

Wir haben bei unseren Prüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertungsmodelle, die unabhängige Bewertung und die Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts interne Spezialisten mit besonderen Fachkenntnissen in der Bewertung von Finanzinstrumenten hinzugezogen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung von Finanzinstrumenten mit nicht in einem aktiven Markt beobachtbaren Eingangsparametern ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Angaben zu den Bewertungsverfahren, -modellen und -methoden für die Bemessung des beizulegenden Zeitwerts sind in den Abschnitten Allgemeine Angaben "Grundlagen und Methoden" und Erläuterung zur Bilanz "Handelsbestand" des Anhangs zum Jahresabschluss enthalten.

2. Einbeziehung zukunftsgerichteter Informationen in die modellbasierte Ermittlung der Risikovorsorge

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Das Management hat die Anforderungen gemäß Verlautbarung IDW RS BFA 7 umgesetzt und bildet unter Nutzung der Methodik von IFRS 9 eine Wertberichtigung in Höhe der erwarteten Kreditverluste über die Restlaufzeit für jene finanziellen Vermögenswerte, bei denen seit der erstmaligen Erfassung eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos angenommen wird.

Die der modellbasierten Berechnung der Risikovorsorge für nicht ausgefallene Finanzinstrumente (Stufe 1 und Stufe 2 gemäß IFRS 9) zugrunde gelegte Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeiten basiert zum einen auf historischen Informationen. Zum anderen fließen aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen sowie zukunftsorientierte makroökonomische Prognosen (z.B. Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquoten) in das Berechnungsmodell ein. Das so ermittelte Basisszenario wird durch die Nutzung statistischer Methoden in unterschiedliche Szenarien überführt. Diese dienen als Grundlage für die Ableitung von Mehrjahreskurven für die Ausfallwahrscheinlichkeiten verschiedener Rating- und Kontrahentenklassen, die in die Berechnung der erwarteten Kreditverluste einfließen.

Angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheiten hinsichtlich deutlicher Zinsänderungen, aktueller geopolitischer Konflikte sowie weiteren Volatilitäten, die sich auf die makroökonomischen Variablen auswirken, erfordert die Schätzung zukunftsgerichteter Informationen in erheblichem Maße Ermessensentscheidungen. Zur Berücksichtigung dieser Unsicherheiten muss das Management beurteilen, ob Anpassungen an den Standardprozessen zur Einbeziehung makroökonomischer Variablen in das Modell zur Ermittlung der erwarteten Kreditverluste und an den Prognosemethoden entweder in Form einer Anpassung der makroökonomischen Variablen oder durch Management Overlays erforderlich sind. Vor dem Hintergrund des signifikanten Volumens der Bestände der nicht ausgefallenen Finanzinstrumente, die einer Wertminderung gemäß IFRS 9 unterliegen sowie der wirtschaftlichen Unsicherheiten und der erheblichen Ermessensspielräume erachten wir die Einbeziehung zukunftsgerichteter Informationen in die modellbasierte Ermittlung der Risikovorsorge, sowie etwaiger Anpassungen, als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns ein Verständnis der durch das Management implementierten Prozesse zur Auswahl, Ermittlung, Überwachung und Validierung zukunftsgerichteter Informationen verschafft und die Angemessenheit der diesbezüglich implementierten Kontrollen im Hinblick auf die Anforderungen des IFRS 9 in Verbindung mit den Anforderungen der Verlautbarung IDW RS BFA 7 beurteilt sowie deren Wirksamkeit getestet.

Wir haben die Überprüfung des Modells zur Ermittlung der erwarteten Kreditverluste sowie der Prognoseverfahren im Rahmen des Validierungsprozesses durch das Management nachvollzogen. Darüber hinaus haben wir die Methoden zur Einbeziehung der ausgewählten Variablen in das Basisszenario sowie die Ableitung der unterschiedlichen Szenarien nachvollzogen.

Die von der Bank verwendeten makroökonomischen Prognosen im Basisszenario haben wir mit makroökonomischen Prognosen aus externen Quellen verglichen.

Weiterhin haben wir die vom Management verwendete Methode zur Beurteilung, ob der Standardprozess zur Einbeziehung makroökonomischer Variablen oder die Modellergebnisse durch Management Overlays angepasst werden müssen, nachvollzogen. Hierbei haben wir die Ergebnisse der vom Management durchgeführten Sensitivitätsanalyse beurteilt und die dabei verwendeten makroökonomischen Variablen mit unserer eigenen Benchmarkanalyse verglichen. Zudem haben wir uns davon überzeugt, dass die erforderlichen Anpassungen entsprechend der Methodik des Managements in der Risikovorsorgeermittlung berücksichtigt wurden.

Für die Beurteilung der Einbeziehung zukunftsgerichteter Informationen in die modellbasierte Ermittlung der Risikovorsorge haben wir interne Spezialisten hinzugezogen, die über besondere Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Kreditrisikomodellierung verfügen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen hinsichtlich der Einbeziehung zukunftsgerichteter Informationen in die modellbasierte Ermittlung der Risikovorsorge ergeben.

[Verweis auf zugehörige Angaben](#)

Angaben zur Einbeziehung zukunftsgerichteter Informationen in die modellbasierte Ermittlung der Risikovorsorge sind in dem Abschnitt Allgemeine Angaben "Grundlagen und Methoden" des Anhangs zum Jahresabschluss enthalten.

3. Erwartete Kreditverluste für ausgefallene Kredite im Bereich Commercial Real Estate

[Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt](#)

Das Management hat die Anforderungen gemäß Verlautbarung IDW RS BFA 7 umgesetzt und bildet unter Nutzung der Methodik von IFRS 9 eine Risikovorsorge in Höhe der erwarteten Kreditverluste über die Restlaufzeit für jene finanziellen Vermögenswerte, bei denen seit der erstmaligen Erfassung eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos angenommen wird.

Die Identifizierung und Ermittlung der erwarteten Kreditverluste für ausgefallene Kredite ist verbunden mit verschiedenen Annahmen und Schätzungen zu Eingangsparametern, insbesondere hinsichtlich der Solvenz des Kreditnehmers, Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Cashflows, beobachtbarer Marktpreise und erwartete Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten.

Angesichts der Zunahme der ausgefallenen Kredite im Bereich CRE, der wirtschaftlichen Unsicherheiten und der erheblichen Ermessensspielräume erachten wir die erwarteten Kreditverluste (ECL) für ausgefallene Kredite im Bereich CRE als einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt.

[Prüferisches Vorgehen](#)

Wir haben uns ein Verständnis der Prozesse zur Identifizierung und Ermittlung der Risikovorsorge für Kreditnehmer im Bereich CRE verschafft. Wir haben die Kontrollen zur Kreditrisikoklassifizierung auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit geprüft, die Anwendung der Ausfallkriterien sowie den Transfer in Stufe 3 gemäß IFRS 9 beurteilt und die Ermittlung der Risikovorsorge nachvollzogen.

Wir haben die vom Management verwendeten Kriterien zur Ermittlung von ausgefallenen Krediten nach IFRS 9 beurteilt.

Die Anwendung der Kriterien zur Identifizierung eines Ausfalls, die für den Stage-Transfer bei CRE-Krediten verwendet werden, haben wir stichprobenartig untersucht. Für Kredite der Stufe 3 haben wir die wesentlichen Annahmen bezüglich der erwarteten zukünftigen Cashflows aus den Krediten nachvollzogen, indem wir den Sicherheitenwert, die Solvenz des Kreditnehmers sowie die öffentlich verfügbaren Markt- und Branchenprognosen beurteilt haben. Dabei haben wir Informationen recherchiert und ausgewertet, welche die Prognosen und Annahmen des Managements untermauern oder widerlegen. Darüber hinaus haben wir die rechnerische Richtigkeit der jeweils ermittelten Risikovorsorge für ausgefallene Kredite nachvollzogen.

Wir haben interne Spezialisten hinzugezogen, um die Bewertung von Sicherheiten für CRE-Kredite stichprobenartig zu beurteilen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die erwarteten Kreditverluste für ausgefallene CRE-Kredite ergeben.

[Verweis auf zugehörige Angaben](#)

Angaben zum CRE-Kreditgeschäft der Bank sind im Abschnitt „Allgemeine Angaben – Grundlagen und Methoden“ des Anhangs zum Jahresabschluss sowie im Abschnitt "Gewerbeimmobilien" im Kapitel "Kreditengagement" (Schwerpunktbereiche in 2024) des Risikoberichts (im zusammengefassten Lagebericht) enthalten.

4. Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Zum 31. Dezember 2024 weist die Bank Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 31.683 Mio. aus.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Die Ermittlung des beizulegenden Werts basiert auf einem Discounted-Cash-Flow Modell für das jeweilige verbundene Unternehmen. Diesbezüglich werden wesentliche Annahmen bezüglich der Ergebnisprognosen der Eingangsparameter des Capital Asset Pricing Model getroffen, aus dem der Diskontierungssatz abgeleitet wird.

Da die Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen in einem hohen Maße auf Ermessensentscheidungen in Bezug auf die Ergebnisprognosen und den Diskontierungssatz innerhalb des Discounted-Cash-Flow Modells beruht, ist dies ein besonders wichtiger Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns ein Verständnis der Prozesse zur Erstellung der Ergebnisprognosen sowie zur Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen verschafft. Wir haben uns diesbezüglich auch ein Verständnis der vom Management implementierten Kontrollen in Bezug auf die Ergebnisprognosen und den Diskontierungssatz und verschafft und die Angemessenheit dieser Kontrollen beurteilt sowie deren Wirksamkeit getestet.

Wir haben die vorstehend beschriebenen wesentlichen Annahmen mit besonderem Fokus auf wesentliche Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr analysiert. Hierbei haben wir die Konsistenz und Nachvollziehbarkeit der wesentlichen Annahmen im Discounted-Cash-Flow Modell beurteilt, indem wir diese mit externen Markterwartungen verglichen haben.

Bei der Analyse der erwarteten künftigen Zahlungsmittelzuflüsse aus den Anteilen an verbundenen Unternehmen haben wir die Ergebnisprognosen mit denen des Vorjahres und die Ergebnisprognosen des Vorjahres mit den tatsächlich realisierten Ergebnissen verglichen und etwaige wesentliche Abweichungen untersucht. Weiterhin haben wir durch einen Abgleich nachvollzogen, ob der Diskontierungssatz innerhalb der Bandbreiten extern verfügbarer Daten liegt.

Für die Beurteilung der im Rahmen der Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen zugrunde gelegten, vorstehend beschriebenen Annahmen haben wir interne Spezialisten hinzugezogen, die über besondere Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Unternehmensbewertung verfügen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Angaben zur Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen sind in den Abschnitten Allgemeine Angaben "Grundlagen und Methoden" und Erläuterungen zur Bilanz "Angaben zu verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht" des Anhangs zum Jahresabschlusses enthalten.

5. Ansatz und Bewertung latenter Steueransprüche

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Zum 31. Dezember 2024 weist die Bank latente Steueransprüche in Höhe von EUR 6.121 Mio. aus.

Ansatz und Bewertung latenter Steueransprüche basieren auf einer Einschätzung, inwieweit noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge und abzugsfähige temporäre Differenzen mit künftigen zu versteuernden Einkommen verrechnet werden können. Diese Einschätzung basiert insbesondere auf Annahmen über zukünftige Geschäftsergebnisse, welche auf dem verabschiedetem Unternehmensplan beruhen.

Aufgrund der bestehenden Ermessensspielräume bei der Einschätzung der künftigen zu versteuernden Einkommen sowie der Nutzbarkeit steuerlicher Verlustvorträge sind Ansatz und Bewertung latenter Steueransprüche ein besonders wichtiger Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns ein Verständnis des Prozesses dahingehend verschafft, ob abzugsfähige temporäre Differenzen und noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge in unterschiedlichen Jurisdiktionen identifiziert und gemäß den steuerrechtlichen Regelungen und Vorschriften zur Bilanzierung latenter Steuern des § 274 HGB bewertet wurden, sowie die Angemessenheit der entsprechenden Kontrollen beurteilt und deren Wirksamkeit getestet.

Wir haben dabei die Annahmen und deren Zuordnung im verabschiedeten Unternehmensplan, der als Grundlage für die Schätzung der künftigen zu versteuernden Einkommen der relevanten Organgesellschaften und Steuergruppen dient, beurteilt.

Darüber hinaus haben wir die Aktivierung latenter Steueransprüche beurteilt, indem wir die wesentlichen Annahmen analysiert haben, die zur Schätzung künftiger zu versteuernder Einkommen getroffen wurden. Wir haben die im Rahmen der Ergebnisprognose verwendeten Schätzungen beurteilt, indem wir die zugrunde liegenden wesentlichen Annahmen mit extern verfügbaren historischen Daten und Prognosen verglichen haben. Wir haben die historische Planung mit den tatsächlichen Ergebnissen verglichen. Darüber hinaus haben wir die geschätzten steuerlichen Anpassungen beurteilt und Sensitivitätsanalysen bezüglich der zeitlichen Nutzbarkeit der entsprechenden latenten Steueransprüche durchgeführt.

Bei der Beurteilung der den latenten Steueransprüchen zugrunde liegenden Annahmen im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung haben wir unsere Steuerspezialisten sowie interne Spezialisten, die über besondere Kenntnisse auf dem Gebiet der Unternehmensbewertung verfügen, hinzugezogen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen den Ansatz und die Bewertung der latenten Steueransprüche ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Angaben zum Ansatz und zur Bewertung der latenten Steuern sind in den Abschnitten Allgemeine Angaben "Grundlagen und Methoden" und Erläuterungen zur Bilanz "Latente Steuern" des Anhangs des Jahresabschlusses enthalten.

6. Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten für zivilrechtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Zum 31. Dezember 2024 beliefen sich die Rückstellungen der Bank für zivilrechtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren auf 969 Mio. €.

Die Bank bewegt sich in einem rechtlichen und regulatorischen Umfeld, das erhebliche Rechtsrisiken birgt. Die Schätzungen für Ansatz und Bewertung von Rückstellungen oder die Offenlegung von Eventualverbindlichkeiten beruhen auf gegenwärtig verfügbaren Informationen und einer Vielzahl von Annahmen und Variablen.

Die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit und die Schätzung der Höhe des Abflusses von wirtschaftlichen Ressourcen erfordern wesentliche Ermessensentscheidungen, da zivilrechtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren stets mit Unsicherheiten verbunden sind.

Da die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit und die Schätzung der Höhe des Abflusses von wirtschaftlichen Ressourcen bei ausgewählten zivilrechtlichen und aufsichtsbehördlichen Verfahren durch das Management in erheblichem Maße subjektiv ist, ist dies ein besonders wichtiger Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns ein Verständnis der vom Management implementierten Kontrollen im Rahmen des Prozesses zur Erfassung und Bewertung von Rückstellungen bzw. Offenlegung von Eventualverbindlichkeiten für zivilrechtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren verschafft sowie die Angemessenheit und Wirksamkeit dieser Kontrollen geprüft.

Hierbei haben wir bei stichprobenhaft ausgewählten relevanten Sachverhalten die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit und die Schätzung der Höhe des Abflusses von wirtschaftlichen Ressourcen durch das Management, einschließlich der für den jeweiligen Sachverhalt zugrunde gelegten Annahmen und Variablen, beurteilt. Die entsprechenden Prüfungshandlungen umfassten die Einsichtnahme in interne und externe rechtliche Stellungnahmen, in denen die ermessensbehafteten Aspekte der rechtlichen Auslegung näher erläutert werden. Darüber hinaus nahmen wir eine Durchsicht der Protokolle wichtiger Sitzungen von Managementausschüssen (einschließlich des Vorstands) sowie des damit verbundenen Schriftverkehrs vor, z.B. zu Gerichtsverfahren, Vergleichsvereinbarungen, aufsichtlichen Untersuchungen und Untersuchungsberichten. Wir haben Auskünfte direkt von externen Rechtsberatern eingeholt, um die durch das Management bereitgestellten Informationen zu beurteilen, und haben bei Bedarf externe Rechtsanwälte befragt.

Wir haben interne Bewertungsspezialisten hinzugezogen, um die Bemessungsmethoden für die Rückstellungsbeträge in relevanten Sachverhalten zu beurteilen, sowie interne Rechtsspezialisten, um für ausgewählte Sachverhalte die Wahrscheinlichkeit eines Abflusses und die Höhe der gebildeten Rückstellung zu beurteilen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Vollständigkeit und Richtigkeit der Rückstellungen für zivilrechtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Angaben zur Bewertung von Rückstellungen für Rechtsfälle sind in den Anhangangaben 1 und 20 des Anhangs zum Konzernabschluss enthalten.

7. IT-Zugriffs- und Änderungsmanagement in der Rechnungslegung

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung ist aufgrund der signifikanten Anzahl von Transaktionen, die täglich automatisiert verarbeitet werden, in hohem Maße von der Zuverlässigkeit und vom störungsfreien Betrieb der eingesetzten Informationstechnologie abhängig.

Aufgrund der hohen Abhängigkeit von der zuverlässigen und kontinuierlichen Verarbeitung der Daten und der Tatsache, dass die IT-Kontrollen ein wesentlicher Bestandteil des internen Kontrollsystems sind, erachten wir das IT-Zugriffs- und Änderungsmanagement in der Rechnungslegung der Bank als einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben die Angemessenheit der für die Rechnungslegung der Bank relevanten IT-Kontrollumgebung, inklusive der generellen und anwendungsbezogenen IT-Kontrollen, beurteilt. Unsere Prüfungshandlungen erstreckten sich auch auf unterjährige Änderungen der IT-Kontrollumgebung.

Des Weiteren haben wir die Wirksamkeit von fehlervermeidenden und fehleraufdeckenden generellen IT-Kontrollen in Bezug auf das Zugriffs- und Änderungsmanagement in verschiedenen IT-Anwendungen, Datenbanken und Betriebssystemen getestet. Zudem haben wir die IT-Anwendungskontrollen für die automatisierte Datenverarbeitung, Datenzulieferungen und Schnittstellen getestet. Unsere Prüfungshandlungen in Bezug auf das IT-Zugriffsmanagement umfassten insbesondere Prüfungen der Vergabe und des Entzugs von Zugriffsrechten, der privilegierten Zugriffsrechte, der periodischen Rezertifizierung von Zugriffsrechten, der systemseitigen Sicherheitseinstellungen und der Nutzerauthentifizierungskontrollen.

Hinsichtlich des IT-Änderungsmanagements umfassten unsere Prüfungshandlungen vor allem die Beurteilung, ob Änderungen in der Produktionsumgebung vor ihrer Umsetzung getestet und genehmigt wurden und ausschließlich von autorisierten Mitarbeitern durchgeführt werden konnten.

Bei der Beurteilung des IT-Zugriffs- und Änderungsmanagements in der Rechnungslegung haben wir interne Spezialisten hinzugezogen, die über besondere Fachkenntnisse in Bezug auf IT-Prüfungen verfügen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen das IT-Zugriffs- und Änderungsmanagement in der Rechnungslegung ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Eine Beschreibung des internen Kontrollsystems in der Rechnungslegung findet sich im zusammengefassten Lagebericht im Abschnitt "Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung".

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen

- die oben genannte nichtfinanzielle Erklärung,
- den im Abschnitt "Grundsätze des Risikomanagements (Kapitel "Risikobericht")" des Lageberichts enthaltenen letzten Absatz zur Stellungnahme des Vorstands zum Risikomanagementrahmenwerk und internen Kontrollsystem,
- die auf der im Lagebericht angegebenen Internetseite veröffentlichte zusammengefasste „Erklärung zur Unternehmensführung nach §§ 289f und 315d HGB“,

ferner weitere, für den Geschäftsbericht vorgesehene Bestandteile, von denen wir eine Fassung bis zur Erteilung dieses Bestätigungsvermerks erlangt haben:

- Versicherung der gesetzlichen Vertreter gemäß § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB i.V.m. § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB,

aber nicht den Jahresabschluss, nicht die in die inhaltliche Prüfung einbezogenen Lageberichtsangaben und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben; □
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass /eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann; □
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- planen wir die Prüfung entsprechend einer Konzernabschlussprüfung, wie in ISA [DE] 600 (Revised) definiert, und führen sie durch, um ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der unselbständigen Niederlassungen innerhalb des Konzerns, wie in ISA [DE] 600 (Revised) definiert, einzuholen als Grundlage für die Bildung der Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchsicht der für Zwecke der Konzernabschlussprüfung durchgeführten Prüfungstätigkeiten. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach § 317 Abs. 3a HGB

Prüfungsurteil

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3a HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der Deutsche_Bank_AG_JA+LB_ESEF-2024-12-31.zip enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts (im Folgenden auch als „ESEF-Unterlagen“ bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat („ESEF-Format“) in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Jahresabschlusses und des Lageberichts in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im voranstehenden „Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Jahresabschluss und zum beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten Datei enthaltenen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3a HGB unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3a HGB (IDW PS 410 (06.2022)) und des International Standard on Assurance Engagements 3000 (Revised) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen“ weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat die Anforderungen des IDW Qualitätsmanagementstandards: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) angewendet.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die ESEF-Unterlagen

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Prozesses der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.
- gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben.
- beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d.h. ob die die ESEF-Unterlagen enthaltende Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt.
- beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Lageberichts ermöglichen.

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 16. Mai 2024 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 30. Juni 2024 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2020 als Abschlussprüfer der Deutsche Bank Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Übrige Sachverhalte – Verwendung des Bestätigungsvermerks

Unser Bestätigungsvermerk ist stets im Zusammenhang mit dem geprüften Jahresabschluss und dem geprüften Lagebericht sowie den geprüften ESEF-Unterlagen zu lesen. Der in das ESEF-Format überführte Jahresabschluss und Lagebericht – auch die im Bundesanzeiger bekanntzumachenden Fassungen – sind lediglich elektronische Wiedergaben des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Lageberichts und treten nicht an deren Stelle. Insbesondere ist der ESEF-Vermerk und unser darin enthaltenes Prüfungsurteil nur in Verbindung mit den in elektronischer Form bereitgestellten geprüften ESEF-Unterlagen verwendbar.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Holger Lösken.

Eschborn/Frankfurt am Main, 10. März 2025

EY GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Lösken
Wirtschaftsprüfer

Mai
Wirtschaftsprüfer

2025

Wichtige Termine

30. Januar 2025

Vorläufiges Jahresergebnis für das
Geschäftsjahr 2024

13. März 2025

Geschäftsbericht 2024 und Form 20-F

29. April 2025

Ergebnisübersicht zum 31. März 2025

22. Mai 2025

Hauptversammlung

24. Juli 2025

Zwischenbericht zum 30. Juni 2025

29. Oktober 2025

Ergebnisübersicht zum 30. September 2025

2026

Wichtige Termine

29. Januar 2026

Vorläufiges Jahresergebnis für das
Geschäftsjahr 2025

12. März 2026

Geschäftsbericht 2025 und Form 20-F

29. April 2026

Ergebnisübersicht zum 31. März 2026

21. Mai 2026

Hauptversammlung

29. Juli 2026

Zwischenbericht zum 30. Juni 2026

28. Oktober 2026

Ergebnisübersicht zum 30. September 2026

Kontakt

Deutsche Bank AG

Frankfurt am Main

Telefon: +49 69 910-00

deutsche.bank@db.com